

Landes-  
hauptstadt Kiel



## Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung ab1946

Stadtarchiv Kiel  
Bestand Protokolle der Ratsversammlung  
Signaturen: P II/64 fortlaufend

**Hinweis:** Die Qualität und Lesbarkeit des digitalen Dokuments ist abhängig von der Qualität der Vorlage. Bei einigen Protokollen muss daher mit Abstrichen bei der Lesbarkeit und der Durchsuchbarkeit des Dokuments gerechnet werden!

Einladung

zu einer Sitzung der Ratsversammlung,

Donnerstag, den 17. August 1972, 15.00 Uhr

Rathaus, Ratssaal

- - -

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1) Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen der Ratsversammlung am 29. Juni und am 7. Juli 1972
- 2) Geschäftliche Mitteilungen
  - a) des Stadtpräsidenten  
- Es liegen keine schriftlichen Mitteilungen vor -
  - b) des Magistrats und des Oberbürgermeisters  
- Es liegen keine schriftlichen Mitteilungen vor -
- 3) Fragestunde
  - a) Probleme der Orientierungsstufe an Kieler Schulen - Drs. 222 -  
- Anfrage des Ratsherrn Zimmer -  
Ratsherr Zimmer/Stadtschulrat o. V. i. A.
- 4) Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof - Drs. 216 -  
- außerplanmäßige Ausgabe -  
Stadtrat Renger
- 5) Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof - Drs. 218 -  
- Tarifgestaltung -  
Stadtrat Renger
- 6) Neubau einer Bedürfnisanstalt und Parkplatz an der Kiellinie - Drs. 223 -  
- Genehmigung einer Eilentscheidung -  
Stadtrat Renger/ OB

- 7) Bau von Entwässerungsanlagen zur Erschließung des Gewerbegebietes Kiel-Wellsee - II. Teilabschnitt - - Drs. 224 -  
- Genehmigung einer Eilentscheidung -  
Stadtrat Renger/OB
- 8) Bürobedarf für das Amt für Familienfürsorge - Drs. 212 -  
- überplanmäßige Ausgabe -  
Stadtrat Quade
- 9) Verwendung der in Schilksee für die Segel-Olympiade 1972 errichteten Unterkünfte nach der Olympiade - Drs. 225 -  
- Große Anfrage der CDU-Ratsherrenfraktion -  
Stadtrat Hochheim/OB
- 10) Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

- 1) Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof - Drs. 217 -  
- Übernahme einer Ausfallbürgschaft -  
Bürgermeister Barow
- 2) Übernahme der Ausfallbürgschaft zugunsten der Stadtwerke Kiel AG - Drs. 219 -  
- Genehmigung einer Eilentscheidung -  
Bürgermeister Barow/OB
- 3) Verschiedenes

- Die Punkte 3 a, 6, 7 und 9 der Öffentlichen Sitzung sowie Punkt 2 der Nicht-öffentlichen Sitzung werden erst am 16. August 1972 im Magistrat beraten -

H i n z  
Stadtpräsidentin

Nachtragstagesordnung

für die Sitzung der Ratsversammlung,

Donnerstag, den 17. August 1972, 15.00 Uhr

Rathaus, Ratssaal

- - -

Öffentliche Sitzung

Zu 3) Fragestunde

b) Obdachlose

- Drs. 230 -

- Anfrage des Ratsherrn Rösser -

Ratsherr Rösser/Stadtrat Lütgens o. V. i. A.

10) Regenschutzdächer im nördlichen Hafenbereich des Olympia-  
hafens Kiel-Schilksee

- Drs. 231 -

- Genehmigung einer Eilentscheidung -  
Stadtrat Renger/OB

11) Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

3) Verkauf eines ca. 92.000 qm großen Gewerbegrundstücks an  
die Konsumgenossenschaft eGmbH (Co-op Kiel) im Gewerbege-  
biet Wehdenweg (Benzstraße)  
Bürgermeister Barow

- Drs. 232 -

4) Verschiedenes

H i n z

Stadtpräsidentin

2. Nachtragstagesordnung

für die Sitzung der Ratsversammlung,  
Donnerstag, den 17. August 1972, 15.00 Uhr,  
Rathaus, Ratssaal

Öffentliche Sitzung

- Zu 3) Fragestunde
- c) Zusammensetzung des Magistrats - Drs. 233 -  
- Anfrage der Ratsherren Diekelmann und Dr. Moll -  
Ratsherren Diekelmann und Dr. Moll/Oberbürgermeister
  - 11) Haftpflicht- und sonstige Schadensleistungen - Drs. 234 -  
- überplanmäßige Ausgabe -  
Oberbürgermeister  
Dringlichkeitsvorlage
  - 12) Prozeß- und Gerichtskosten - Drs. 235 -  
- überplanmäßige Ausgabe -  
Oberbürgermeister  
Dringlichkeitsvorlage
  - 13) Internationaler bildnerischer Wettbewerb der Jugend zur Olympiade 1972 - Drs. 236 -  
- überplanmäßige Ausgabe -  
Genehmigung einer Eilentscheidung  
Stadtrat Wollschlaeger/Oberbürgermeister  
Dringlichkeitsvorlage
  - 14) Verlängerung der nördlichen Steinmole und des Fuhlenseeauslaufes - Drs. 237 -  
im Olympiahafen Schilksee  
- überplanmäßige Ausgabe -  
Stadtrat Renger  
Dringlichkeitsvorlage
  - 15) Umbesetzung des Bauausschusses des Deutschen Städtetages, Landesverband Schleswig-Holstein - Drs. 238 -  
- Dringlichkeitsantrag der CDU-Ratsherrenfraktion -  
Stadtrat Hochheim
  - 16) Verschiedenes

- Die in der bereits übersandten Tagesordnung unter Punkt 9 aufgeführte Große Anfrage der CDU-Ratsherrenfraktion betr. Verwendung der in Schilksee für die Segelolympiade 1972 errichteten Unterkünfte nach der Olympiade ist von der fragestellten Fraktion mit Schreiben vom 15. August 1972 zurückgezogen worden.

7) Bau von Entwässerungsanlagen zur Erschließung des Gewerbegebietes Kiel-Wellsee - II. Teilabschnitt - - Drs. 224 -  
- Genehmigung einer Eilentscheidung -  
Stadttrat Renger Einladung

8) Einladung zu einer Sitzung der Ratsversammlung, - Drs. 212 -  
- außerplanmäßige Ausgabe -  
Donnerstag, den 17. August 1972, 15.00 Uhr

9) Verwendung Rathaus, Ratssaal für die Segel-Olympiade 1972 errichteten Unterkünfte nach der Olympiade - Drs. 225 -  
- Große Anfrage - - - CDU-Ratsherrnfraktion -  
Stadttrat Hochheim/OB  
Tagesordnung

10) Verschiedenes  
Öffentliche Sitzung

- 1) Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen der Ratsversammlung am 29. Juni und am 7. Juli 1972
- 2) Geschäftliche Mitteilungen
  - a) des Stadtpräsidenten  
- Es liegen keine schriftlichen Mitteilungen vor -
  - b) des Magistrats und des Oberbürgermeisters  
- Es liegen keine schriftlichen Mitteilungen vor -
- 3) Fragestunde
  - a) Probleme der Orientierungsstufe an Kieler Schulen - Drs. 222 -  
- Anfrage des Ratsherrn Zimmer -  
Ratsherr Zimmer/Stadtschulrat o. V. i. A.
- 4) Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof - Drs. 216 -  
- außerplanmäßige Ausgabe -  
Stadttrat Renger
- 5) Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof - Drs. 218 -  
- Tarifgestaltung -  
Stadttrat Renger
- 6) Neubau einer Bedürfnisanstalt und Parkplatz an der Kiellinie - Drs. 223 -  
- Genehmigung einer Eilentscheidung -  
Stadttrat Renger/ OB



- 7) Bau von Entwässerungsanlagen zur Erschließung des Gewerbegebietes Kiel-Wellsee - II. Teilabschnitt - - Drs. 224 -  
- Genehmigung einer Eilentscheidung - - Drs. 217 -  
Stadtrat Renger/OB
- 8) Bürobedarf für das Amt für Familienfürsorge - Drs. 212 -  
- überplanmäßige Ausgabe - - Drs. 219 -  
Stadtrat Quade
- 9) Verwendung der in Schilksee für die Segel-Olympiade 1972 errichteten Unterkünfte nach der Olympiade - Drs. 225 -  
- Große Anfrage der CDU-Ratsherrenfraktion -  
Stadtrat Hochheim/OB
- 10) Verschiedenes  
Punkte 6, 7 und 9 der Öffentlichen Sitzung sowie Punkt 2 der Nicht-Öffentlichen Sitzung werden erst am 16. August 1972 im Magistrat beraten -

Hinz  
Stadtpäsidentin

An  
die "Kieler Nachrichten"

### Tagesordnung

über die Sitzung der Ratsversammlung,  
Donnerstag, den 17. August 1972, 15.00 Uhr,  
Rathaus, Ratsaal

### Öffentliche Sitzung

- 1) Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen der Ratsversammlung am 29. Juni und am 7. Juli 1972; 2) Geschäftliche Mitteilungen: des Stadtpäsidenten, des Magistrats und des Oberbürgermeisters: Es liegen keine schriftlichen Mitteilungen vor; 3) Fragestunde: a) Probleme der Orientierungsstufe an Kieler Schulen; 4) Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof - außerplanmäßige Ausgabe; 5) Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof - Tarifgestaltung -; 6) Neubau einer Bedürfnisanstalt und Parkplatz an der Kiellinie; 7) Bau von Entwässerungsanlagen zur Erschließung des Gewerbegebietes Kiel-Wellsee - II. Teilabschnitt; 8) Bürobedarf für das Amt für Familienfürsorge; 9) Verwendung der in Schilksee für die Segel-Olympiade 1972 errichteten Unterkünfte nach der Olympiade; 10) Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

- 1) Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof - Übernahme einer Ausfallbürgschaft - Bürgermeister Barow - Drs. 217 -
- 2) Übernahme der Ausfallbürgschaft zugunsten der Stadtwerke Kiel AG - Genehmigung einer Eilentscheidung - Bürgermeister Barow/OB - Drs. 219 -
- 3) Verschiedenes

- Die Punkte 3 a, 6, 7 und 9 der Öffentlichen Sitzung sowie Punkt 2 der Nicht-öffentlichen Sitzung werden erst am 16. August 1972 im Magistrat beraten -

H i n z

Stadtpräsidentin

- 2) An die "Kieler Nachrichten"

T a g e s o r d n u n g

über die Sitzung der Ratsversammlung,  
Donnerstag, den 17. August 1972, 15.00 Uhr,  
Rathaus, Ratssaal

Öffentliche Sitzung

- 1) Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen der Ratsversammlung am 29. Juni und am 7. Juli 1972;
- 2) Geschäftliche Mitteilungen: des Stadtpräsidenten, des Magistrats und des Oberbürgermeisters: Es liegen keine schriftlichen Mitteilungen vor;
- 3) Fragestunde: a) Probleme der Orientierungsstufe an Kieler Schulen;
- 4) Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof - außerplanmäßige Ausgabe;
- 5) Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof - Tarifgestaltung -;
- 6) Neubau einer Bedürfnisanstalt und Parkplatz an der Kiellinie;
- 7) Bau von Entwässerungsanlagen zur Erschließung des Gewerbegebietes Kiel-Wellsee - II. Teilabschnitt;
- 8) Bürobedarf für das Amt für Familienfürsorge;
- 9) Verwendung der in Schilksee für die Segel-Olympiade 1972 errichteten Unterkünfte nach der Olympiade;
- 10) Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

1) und 2) Bürgerschaftsangelegenheiten; 3) Verschiedenes

Nachfrage

Hinz, Stadtpräsidentin

für die Sitzung der Ratversammlung,

3) 2 Tagesordnungen sind im Rathaus auszuhängen.

4) Z.d.A.

Rathaus, Ratssaal

Öffentlich

Hinz  
(Hinz)

Mitzeichnung OB:

*Handwritten signature and date: Hinz 9/18*

Zu 3) Fragestunde

b) Obdachlose

- Anfrage des Ratsmann Rösser -

Ratsherr Rösser/Stadtrat Lütgens o. V. i. A.

- Drs. 230 -

*Handwritten initials and date: Hinz 9. 8.72*

10) Regenschutzdächer im nördlichen Hafenerbereich des Olympia-  
hafens Kiel-Schiffsee

- Genehmigung einer Eilanfrage -

Stadtrat Renger/OB

- Drs. 231 -

11) Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

3) Verkauf eines ca. 92.000 qm großen Gewerbegrundstücks an  
die Konsumgenossenschaft eGmbH (Co-op Kiel) im Gewerbege-  
biet Wehdenweg (Benzstraße)  
Bürgermeister Barow

- Drs. 232 -

4) Verschiedenes

Hinz

Stadtpräsidentin

Nachtragstagesordnung

für die Sitzung der Ratsversammlung,

Donnerstag, den 17. August 1972, 15.00 Uhr

Rathaus, Ratssaal

- - -

Öffentliche Sitzung

Zu 3) Fragestunde

b) Obdachlose

- Anfrage des Ratsherrn Rösser -

Ratsherr Rösser/Stadtrat Lütgens o. V. i. A.

- Drs. 230 -

10) Regenschutzdächer im nördlichen Hafenbereich des Olympia-  
hafens Kiel-Schilksee

- Genehmigung einer Eilentscheidung -

Stadtrat Renger/OB

- Drs. 231 -

11) Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

3) Verkauf eines ca. 92.000 qm großen Gewerbegrundstücks an  
die Konsumgenossenschaft eGmbH (Co-op Kiel) im Gewerbege-  
biet Wehdenweg (Benzstraße)

Bürgermeister Barow

- Drs. 232 -

4) Verschiedenes

H i n z

Stadtpräsidentin

2) An  
die "Kieler Nachrichten"

2. Nachtragstagesordnung

für die Sitzung der Ratsversammlung,

Nachtragstagesordnung

Donnerstag, den 17. August 1972, 15.00 Uhr,

für die Sitzung der Ratsversammlung,

Donnerstag, den 17. August 1972, 15.00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Rathaus, Ratssaal

Zu 3) Fragestunde

Öffentliche Sitzung

a) - Zusammensetzung des Magistrats -

- Drs. 233 -

Zu 3) Fragestunde: b) Obdachlose - Anfrage des Ratsherrn Rösser -; 10) Regenschutzdächer im nördlichen Hafengebiet des Olympiahafens Kiel-Schillsee; 11) Verschiedenes

- überplanmäßige Ausgabe -

- Drs. 234 -

Oberbürgermeister

Dringlichkeitsvorlage

Nichtöffentliche Sitzung

3) Grundstücksangelegenheit; 4) Verschiedenes

12)

- überplanmäßige Ausgabe -

- Drs. 235 -

Oberbürgermeister

Dringlichkeitsvorlage

Hinz, Stadtpräsidentin

3) 2 Tagesordnungen sind im Rathaus auszuhängen.

4) Z.d.A.

Genehmigung einer Entscheidung

Stadtrat Wollschlaeger, Oberbürgermeister

Dringlichkeitsvorlage

(Hinz)

Mitzeichnung OB:

*Mitzeichnung*  
14/8.

14)

Verlängerung der nördlichen Promenade und des Fuhlenbuces  
im Olympiahafen Schillsee

- überplanmäßige Ausgabe -

Stadtrat Renger

Dringlichkeitsvorlage

15)

Umsetzung des Bauausschusses des Deutschen Städtetages,  
Landesverband Schleswig-Holstein

- Dringlichkeitsantrag der CDU-Ratsherrnfraktion -

Stadtrat Hochheim

- Drs. 238 -

16)

Verschiedenes

*14/8.72*

- Die in der bereits übersandten Tagesordnung unter Punkt 9 aufgeführte Große Anfrage der CDU-Ratsherrnfraktion betr. Verwendung der in Schillsee für die Segelympiade 1972 errichteten Unterkünfte nach der Olympiade ist von der fragstellenden Fraktion mit Schreiben vom 15. August 1972 zurückgezogen worden.

Kiel, den 16. August 1972

*x 6 2 stp.*

1)

2. Nachtragstagesordnung

für die Sitzung der Ratsversammlung,  
Donnerstag, den 17. August 1972, 15.00 Uhr,  
Rathaus, Ratssaal

*heute ab 16 Uhr  
P. 8*

Öffentliche Sitzung

Zu 3) Fragestunde

- c) Zusammensetzung des Magistrats - Drs. 233 -
  - Anfrage der Ratsherren Diekelmann und Dr. Moll -
  - Ratsherren Diekelmann und Dr. Moll/Oberbürgermeister
- 11) Haftpflicht- und sonstige Schadensleistungen - Drs. 234 -
  - überplanmäßige Ausgabe -
  - Oberbürgermeister
  - Dringlichkeitsvorlage
- 12) Prozeß- und Gerichtskosten - Drs. 235 -
  - überplanmäßige Ausgabe -
  - Oberbürgermeister
  - Dringlichkeitsvorlage
- 13) Internationaler bildnerischer Wettbewerb der Jugend zur Olympiade 1972 - Drs. 236 -
  - überplanmäßige Ausgabe -
  - Genehmigung einer Eilentscheidung
  - Stadtrat Wollschlaeger/Oberbürgermeister
  - Dringlichkeitsvorlage
- 14) Verlängerung der nördlichen Steinmole und des Fuhlenseeauslaufes im Olympiahafen Schilksee - Drs. 237 -
  - überplanmäßige Ausgabe -
  - Stadtrat Renger
  - Dringlichkeitsvorlage
- 15) Umbesetzung des Bauausschusses des Deutschen Städtetages, Landesverband Schleswig-Holstein - Drs. 238 -
  - Dringlichkeitsantrag der CDU-Ratsherrenfraktion -
  - Stadtrat Hochheim
- 16) Verschiedenes

- Die in der bereits übersandten Tagesordnung unter Punkt 9 aufgeführte Große Anfrage der CDU-Ratsherrenfraktion betr. Verwendung der in Schilksee für die Segelolympiade 1972 errichteten Unterkünfte nach der Olympiade ist von der fragestellenden Fraktion mit Schreiben vom 15. August 1972 zurückgezogen worden.

- 2) An die "Kieler Nachrichten"

*Beitrag ab 16.8.72 9.50 Uhr*  
*Stüne*

2. Nachtragstagesordnung

Über die Sitzung der Ratsversammlung,

Donnerstag, den 17. August 1972, 15.00 Uhr,

Rathaus, Ratssaal

Öffentliche Sitzung

Zu 3) Fragestunde: c) Zusammensetzung des Magistrats - Anfrage der Ratsherrn Diekelmann und Dr. Moll -; 11) Haftpflicht und sonstige Schadensleistungen; 12) Prozeß- und Gerichtskosten; 13) Internationaler bildnerischer Wettbewerb der Jugend zur Olympiade 1972; 14) Verlängerung der nördlichen Steinmole und des Fuhlenseeauslaufes im Olympiahafen Schilksee; 15) Verschiedenes

Hinz, Stadtpräsidentin

- 3) 2 Tagesordnungen sind im Rathaus auszuhängen. ✓
- 4) Z.d A.

*Hinz*  
(Hinz)

Mitzeichnung OB:

*[Handwritten signature]*

*16.8.72 16.8.*

Karl-Heinz Z i m m e r  
Ratsherr

23 Kiel-Wellsee, den 7.8.1972  
Hansahöhe 3

Drucksache 222

Frau  
Stadtpräsidentin Ida H i n z

23 K i e l  
Rathaus

Sehr verehrte Frau Stadtpräsidentin!

Ich darf Sie bitten, die folgende Kleine Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Ratsversammlung zu setzen:

1.) Laut "Kieler Express" vom 27.7.1972 hat Stadtschulrat Dr. Lohmann behauptet, am Staatlichen Gymnasium Wellingdorf seien im letzten Schuljahr 31 % der Schüler der Orientierungsstufe an die Hauptschule zurückversetzt worden; Studiendirektor Wenzel vom Staatlichen Gymnasium Wellingdorf stellte dagegen laut "Kieler Express" vom 3.8.1972 fest, es seien lediglich 4,3 % der Schüler der Orientierungsstufe an seiner Schule zu Realschule schrägversetzt worden.

Ich frage den Magistrat:

- a) Wie konnte es zu derartig unterschiedlichen Aussagen kommen?
- b) Wie viele Schüler der Orientierungsstufe des Staatlichen Gymnasiums Wellingdorf sind tatsächlich wohin zurückversetzt worden?

2.) Laut "Kieler Nachrichten" vom 22.7.1972 und "Kieler Express" vom 27.7.1972 hat Stadtschulrat Dr. Lohmann dem Staatlichen Gymnasium Wellingdorf und der Theodor-Storm-Realschule eine besonders scharfe und unsoziale Auslese unter den Schülern der Orientierungsstufe vorgeworfen.

Ich



Ich frage den Magistrat:

- a) welche Gründe gibt es für diesen Vorwurf?
  - b) Sieht auch der Magistrat in diesem Vorwurf, falls er unbegründet sein sollte, eine Diffamierung der betroffenen Lehrerkollegien?
- 3.) Laut "Kieler Nachrichten" vom 22.7.1972 hat Stadtschulrat Dr. Lohmann behauptet, es gebe in Kiel eine Begabungsreserve von 112 Schülern, die weiterhin die Hauptschule besuchen, obwohl sie der Lage wären, auf ein Gymnasium zu gehen.

Ich frage den Magistrat:

- a) An welchen Schulen und in welchen Klassenstufen befinden sich diese Schüler?
- b) Falls die Behauptung zutreffen sollte, welches sind die Gründe?

Begründung:

Die Behauptungen Dr. Lohmanns zu wesentlichen Problemen der Orientierungsstufe haben erhebliche Unruhe und Empörung ausgelöst. Namentlich die Lehrer der betroffenen Schulen fühlen sich zu Unrecht angegriffen. Deshalb bedarf diese Angelegenheit einer schnellen und gründlichen Aufklärung in der Ratsversammlung.

gez. Karl-Heinz Zimmer

Mitglied der CDU-Ratsherrenfraktion

--

Mit herzlichen Grüßen

Ihr gez. Zimmer

Zu Punkt 3)b der Tagesordnung (Ratsversammlung)  
Zu Punkt 11 b) der Tagesordnung (Magistrat)

Reinhold R ö s s e r  
- CDU-Ratsherr -

Kiel, den 9. August 1972

Drucksache 230

An die  
Frau Stadtpräsidentin  
I. H i n z

2300 K i e l  
Rathaus

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin!

Ich bitte, folgende Anfrage an den Magistrat zur Beantwortung in der Fragestunde auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 17. d.Mts. zu setzen:

" Ich frage den Magistrat :

1. Welchen Stand haben die Bemühungen um die Errichtung der Stiftung "Sozialwerk für Obdachlosenhilfe" erreicht?
2. Haben sich außer der Stadt Kiel noch andere Stellen zur Beteiligung an dieser Stiftung bereit erklärt, ggfs. welche und mit welchen Beträgen?
3. Wie viele Personen sind durch gezielte Maßnahmen - ggfs. durch welche - seit dem 1.1.1972 vor dem Obdachlosenwerden bewahrt worden?
4. Welcher finanzielle Aufwand aus städtischen bzw. Stiftungsmitteln war dafür erforderlich?
5. Wie viele Familien konnten seit dem 1.1.1972 aus Obdachlosenunterkünften in Wohnungen des vorhandenen Bestandes oder in Neubauwohnungen untergebracht werden?
6. Wie viele Familien sind seit dem 1.1.72 neu in Obdachlosenunterkünfte eingewiesen worden und welche Gründe waren hierfür maßgebend?

7. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um zunächst das Lager Kollhorst zu räumen?
8. Welche Maßnahmen sind von seiten der Stadt Kiel zur Betreuung der Kinder und Jugendlichen in den Obdachlosenlagern getroffen oder beabsichtigt?
9. Ist seitens der Stadt Kiel ein Programm zur stufenweisen Beseitigung der menschenunwürdigen Obdachlosenunterkünfte in Kiel entwickelt worden, ggfs. welche Schritte sieht dieses Programm vor?

Begründung erfolgt mündlich."

Mit freundlichem Gruß

Ihr R. R ö s s e r

Zu Punkt 3)c der Tagesordnung (Ratsversammlung)

Zu Punkt 11)d der Tagesordnung (Magistrat)

Ratsherr Karl Diekelmann  
Ratsherr Dr. Hans-Michael Moll

2300 Kiel, den 11.8.1972

Drucksache 233

An die  
Frau Stadtpräsidentin  
=====

mit der Bitte um Weiterleitung an den Magistrat:  
und als "Kleine Anfrage" an die Ratsversammlung:

Teilt der Magistrat die vom Abgeordneten Heyenn (SPD) anlässlich der Landtagssitzung am 5.7.1972 und vom Abgeordneten Schulz (SPD) anlässlich einer Sendung der Nordschau vom 20.7.1972 geäußerte Auffassung

1. daß die bisherige durch die Magistratsordnung gegebene Zusammensetzung des Magistrats ein fauler Kompromiß sei, die durch ein System abgelöst werden müsse, nach dem die Mehrheit in der Stadtvertretung sich auch im Magistrat widerspiegeln müsse ?
2. daß es unzumutbar sei, bei gegebenen SPD-Mehrheiten mit CDU-Stadträten im Magistrat zusammenzuarbeiten und Beschlüsse dieser Mehrheiten durch CDU-Stadträte ausführen zu lassen?

Dr. M o l l

D i e k e l m a n n

Der Magistrat  
Bauverwaltungsamt

Kiel, den 16. Juli 1972

Drucksache 216

Betr.: Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof  
hier: Außerplanmäßige Ausgabe

B.E.: Stadtbaurat Kulenkampff *JKR*

Antrag: Bei der Haushaltsstelle 755/6.920 - Darlehen an die Kieler Stadtsanierungsgesellschaft zur Finanzierung des Parkhauses über dem Zentralomnibusbahnhof - wird der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 446.000,-- DM zugestimmt.

Die Ausgabe wird gedeckt durch Einnahmen in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 755/6.339 - Aus der Sonderrücklage für den Bau von Einstellplätzen -.

Begründung

Die Kieler Stadtsanierungsgesellschaft hat einen Finanzierungsplan aufgrund der Gesamtherstellungskosten für das Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof vorgelegt. Die Gesamtherstellungskosten liegen bei 8,3 Mill. DM und damit 1,6 Mill. DM über den seinerzeitigen vorläufigen Kostenermittlungen in Höhe von 6,7 Mill. DM. Die Differenz von 1,6 Mill. DM erklärt sich wie folgt:

- |  |  |
|--|--|
| 1. Zusätzliche Gründungskosten<br>(beispielsweise im Bunkerbereich,<br>wie Vergießen aller Stützen und<br>Verbände)                | ca. 0,5 Mio DM                               |
| 2. Bauaufsichtliche Auflagen/Sicher-<br>heitseinrichtungen   | ca. 0,2 Mio DM                               |
| 3. Vollautomatische Abfertigungsanlage<br>(erhebliche Einsparung von<br>Personalkosten)  | ca. 0,3 Mio DM                               |
| 4. Mehrkosten für zusätzliche Bauarbeiten<br>(Außenanlagen, Freitreppe, zusätzl.<br>Versorgungs- und Entsorgungsleitungen<br>usw.) | ca. 0,3 Mio DM                               |
| 5. Zusätzliche Kosten für Gebühren,<br>Honorare, Finanzierungsnebenkosten<br>usw.  | ca. <u>0,3 Mio DM</u><br>1,6 Mio DM<br>===== |

Die Finanzierung der neuen Gesamtkosten ist wie folgt veranschlagt:

1. Anteil der Stadt Kiel für den Bau von Fußgängerstegen	600.000 DM	
2. Finanzierungszuschuß der Stadt Kiel (durchgeleitete Bundes- und Landesmittel)	3.000.000 DM	
3. Darlehen der Stadt Kiel aus Ablösungsbeträgen für die Befreiung von der Einstell- und Garagenpflicht	446.000 DM	
4. Verlorener Zuschuß aus Mehrwertsteuervorabzug abzüglich Investitionssteuer	<u>711.000 DM</u>	4.757.000
5. Eigenkapital der Kieler City Parkhaus G.m.b.H. u. Co.KG		330.000
6. Zuschüsse für die Bereitstellung von Dauereinstellplätzen		200.000
7. Fremdmittel (Darlehen)		<u>3.013.000</u>
		<u>8.300.000</u>

Der Finanzierungsplan enthält nicht die Kosten für das ZOB-Betriebsgebäude und die Kioske.

Die Gewährung des Darlehens bedeutet, daß die der Stadt bis jetzt zugeflossenen Ablösungsbeträge für die Befreiung von der Einstell- und Garagenpflicht in Höhe von 131.000 DM sowie die aus dem Bereich Schilksee-Süd zufließenden Ablösungsbeträge in Höhe von rd. 315.000 DM nunmehr der KSS zur Finanzierung des Parkhauses zur Verfügung gestellt werden.

Es ist zunächst an die Gewährung eines zinslosen Darlehens gedacht. Nach Ablauf spätestens eines Jahres wird geprüft werden müssen, ob die Einnahmen aus dem Betrieb des Parkhauses eine Verzinsung des Darlehens zulassen. Über die Bereitstellung des Darlehens wird ein besonderer Darlehensvertrag abgeschlossen.

Das Kämmereiamt hat die Vorlage mitgezeichnet.

Der Magistrat hat der Vorlage in seiner Sitzung am 12. Juli 1972 einstimmig zugestimmt.

Kulenkampff  
Stadthaurat

Zu Punkt 5 der Tagesordnung (Ratsversammlung)

Der Magistrat  
Bauverwaltungsamt

Kiel, den 16. Juli 1972

Drucksache 218

Betr.: Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof  
hier: Tarifgestaltung

B.E.: Stadtbaurat Kulenkampff *JK*

Antrag: Den in der Anlage aufgeführten Tarifen für die  
Benutzung des Parkhauses über dem Zentralomnibus-  
bahnhof wird zugestimmt.

Begründung

Die KSS hat im Einvernehmen mit dem Bauverwaltungsamt  
einen Tarifvorschlag aufgrund von Wirtschaftlichkeits-  
überlegungen für die Benutzung des Parkhauses über dem  
ZOB unterbreitet. Die Tarife halten sich im Rahmen der  
in anderen Kieler Parkhäusern erhobenen Gebühren.

Der Magistrat hat der Vorlage in seiner Sitzung am 12. Juli 1972 einstimmig  
zugestimmt.

Kulenkampff  
Stadtbaurat

Anlage

Tarife für das Parkhaus ZOB

a) Tageszeit von 7,00 bis 19,00 Uhr

für 50 Minuten Parkzeit 0,60 DM

für 90 Minuten Parkzeit 1,-- DM

für jede weiteren angefangenen  
10 Minuten 0,10 DM

Tageseinstellung (07,00 bis  
19,00 Uhr) 7,-- DM

b) Nachtzeit von 19,00 bis 7,00 Uhr

für 90 Minuten Parkzeit 0,50 DM

für jede weiteren angefangenen  
20 Minuten 0,10 DM

Nachteinstellung (19,00 bis  
07,00 Uhr) 3,50 DM

c) Tag- und Nachteinstellung 10,-- DM

d) Dauereinstellplätze

Monatliche Einstellgebühr  
(Tag- und Nachteinstellung) 70,-- DM

Monatliche Einstellgebühr  
(nur Nachteinstellung von  
19,00 bis 07,00 Uhr) 35,-- DM



Der Oberbürgermeister  
H o c h b a u a m t

Kiel, den 21 Juli 1972

Drucksache 223

Betr.: Neubau einer Bedürfnisanstalt und Parkplatz an der  
Kiellinie  
- Genehmigung einer Eilentscheidung -

B.E.: Stadtbaurat Kulenkampff/Oberbürgermeister

Antrag: Folgende Eilentscheidung des Oberbürgermeisters wird  
genehmigt:

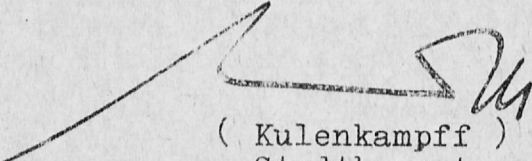
Der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von  
200.000 DM bei der Haushaltsstelle 7023/6.9520 - Neubau  
Bedürfnisanstalt und Parkplatz an der Kiellinie - wird  
zugestimmt.

Die Ausgabe wird gedeckt durch Zuschüsse in gleicher Höhe  
bei der Haushaltsstelle 7023/6.0713 aufgrund des Konsortial-  
vertrages.

Begründung

An der Kiellinie ist bis zum Beginn der Olympischen Segel-  
wettbewerbe eine Bedürfnisanstalt und ein Parkplatz zu errichten.  
Der Finanzierung der Baukosten aus Olympiamitteln haben die  
Konsorten zugestimmt.

Wegen der Dringlichkeit hat der Oberbürgermeister am 18.7.1972  
eine entsprechende Eilentscheidung getroffen, die jetzt durch  
die Ratsversammlung zu genehmigen ist.

  
( Kulenkampff )  
Stadtbaurat

Der Oberbürgermeister  
Bauverwaltungsamt

Kiel, den 21. Juli 1972

Drucksache 224

Betr.: Bau von Entwässerungsanlagen zur Erschließung des Gewerbegebietes Kiel-Wellsee - II. Teilabschnitt -  
hier: Genehmigung einer Eilentscheidung des Oberbürgermeisters

B.E.: Oberbürgermeister/Stadtbaurat Kulenkampff

Antrag: Die folgende Anordnung des Oberbürgermeisters wird genehmigt:

Als dringende Maßnahme, die sofort ausgeführt werden muß, wird angeordnet:

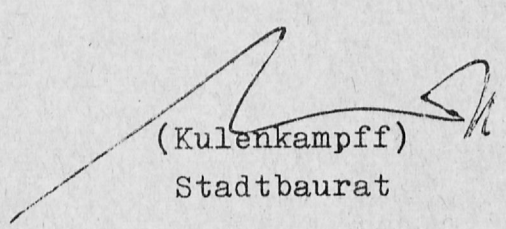
Der Bauentwurf zur Herstellung der Entwässerungsanlagen zur Erschließung des Gewerbegebietes Kiel-Wellsee - II. Teilabschnitt - wird gegenüber dem aufgestellten Entwurf vom 21.6.1972 eingeschränkt.

Die Genehmigung der Ratsversammlung ist unverzüglich einzuholen.

Begründung

Der Entwurf zur Erschließung des Gewerbegebietes Kiel-Wellsee wurde am 21.6.1972 aufgestellt. Die am 5.7.1972 durchgeführte Ausschreibung hat ergeben, daß die veranschlagten Kosten in Höhe von 2.239.000 DM um 180.000 DM überschritten werden.

Die Eilentscheidung war erford. erlich, um den Entwurf so einzuschränken, daß die Kosten 2.239.000 DM nicht überschreiten und damit das Bauvorhaben mit den bereitgestellten Mitteln bereits begonnen werden kann, um die termingemäße Fertigstellung der Erschließung zu ermöglichen und die Ausschöpfung von Zuschüssen zu gewährleisten.

  
(Kulenkampff)

Stadtbaurat

Sozialausschuß  
Amt für Familienfürsorge

Kiel, den 30. Juni 1972

Drucksache 212

Betrifft: Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 403/6311

Berichterstatter: Stadtrat Quade

Antrag: Bei der Haushaltsstelle 403/6311 -Bürobedarf - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 1.250, -- DM für das Rechnungsjahr 1972 genehmigt, gleichzeitig wird bei der Haushaltsstelle 403/715 - Sammelvormundschaft - die Summe in Höhe von 1.250, -- DM gesperrt.

-Endgültige Beschlußfassung durch die Ratsversammlung-

Begründung

Für Bürobedarf sind bisher

ausgegeben	=	1.530 DM
bestellt oder sonst festgelegt	=	170 DM (Bestellung in der Beschaffungsstelle)
Für das weitere RJ wird mit	=	1.250 DM für Büromaterial aus der Beschaffungsstelle gerechnet.

-----  
2.950 DM

Die Mehrausgaben entstanden vor allem durch den Druck von Karteikarten (600 DM), die für die Sozialarbeiter unseres Amtes benötigt werden. Es ist aus finanziellen Gründen günstiger, die Karteikarten in großer Menge (für ca. 2 Jahre) anzuschaffen.

Außerdem wurde ab 1. 1. 1972 lt. Beschluß des Magistrats vom 22. 12. 1971 das Amt für Familienfürsorge beauftragt, die Sammelvormundschaft für körperlich und geistig gebrechliche Erwachsene auf hauptamtliche städtische Kräfte umzustellen. Hierfür mußten u. a. Pendelhefter und Büromaterial für den Dienstraum beschafft werden.

Voraussichtlich am 1. 7. 1972 erhalten wir in der neuen Verwaltungsstelle in Mettenhof für unsere Sozialarbeiter 5 Räume, für die Büromaterial benötigt wird.

Für Schreibmaschinenpapier und Umdruckpapier wurden bisher rd. 300 DM ausgegeben. Im 1. Quartal 1972 waren an die Beschaffungsstelle 475 DM für Büromaterial zu zahlen.

Bei 61 Dienstkräften, die im Außendienst für Aufgaben des gesamten Sozialdezernats tätig sind, entfällt für jeden Mitarbeiter ein Kopfbetrag von 27 DM für Büromaterial jährlich. Mit diesem Betrag dürfte es unter Berücksichtigung der einmaligen Ausgabe und des jährlichen Kalenderbedarfs nicht möglich sein, die Aufgaben ordnungsgemäß durchzuführen. Für den Rest des Haushaltsjahres wird ein unabweisbarer Bedarf von 1.250 DM für unbedingt notwendig erachtet.

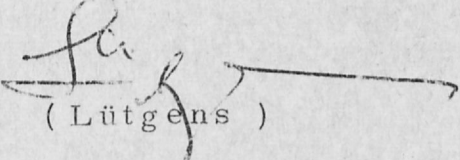
Bei der Aufstellung des Haushaltsvoranschlages für 1972 wurde von uns ein höherer Ansatz von 1.900 DM für Büromaterial beantragt, ohne dabei die Ausgaben für die Übernahme der Sammelvormundschaft zu berücksichtigen, der jedoch vom Kämmereiamt gekürzt wurde.

Das Kämmereiamt hat die Vorlage mit folgender Stellungnahme mitgezeichnet

"Das Amt für Familienfürsorge hatte den Mehrbedarf in Höhe von 1.250 DM zum Nachtragshaushaltsplan angemeldet. Die Anmeldung veranlaßte das Kämmereiamt, auf die wegen der schwierigen Finanzsituation angeordnete 10 %ige Verfügungsbeschränkung und auf die Pflicht des Amtes hinzuweisen, die Mittel so zu bewirtschaften, daß sie zur Bestreitung aller erforderlichen Ausgaben ausreichen.

Falls besondere Umstände den Mehrbedarf rechtfertigen, wurde das Amt gebeten, die Mehrausgaben überplanmäßig bereitstellen zu lassen."

Der Sozialausschuß hat der Vorlage durch Umlaufbeschluß zugestimmt.

  
( Lütgens )



RATSHERRN-FRAKTION

23 KIEL, den 8. August 1972  
Rathaus, Fraktionszimmer  
Telefon 5941

Drucksache 225

An die  
Frau Stadtpräsidentin

2300 Kiel  
Rathaus

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin!

Namens der CDU-Ratsherren-Fraktion stelle ich hiermit folgende

G r o ß e   A n f r a g e :

1. Hat der Magistrat gemeinsam mit den Bauträgern dafür Vorsorge getroffen, daß die für die Segel-Olympiade 1972 in Kiel-Schilksee errichteten Unterkünfte (Wohnungen, Appartements, Bungalows u. dergl.) nach der Olympiade sinnvoll genutzt und nicht etwa leerstehen werden?
2. Ist insbesondere auch geprüft worden und ggfs. mit welchem Ergebnis, inwieweit die zu 1) genannten Unterkünfte im Hinblick auf den bekannten Mangel an Zimmern bzw. Wohnheimplätzen für Studierende in Kiel nach der Olympiade an diesen Personenkreis vermietet werden kann, etwa wie in München praktiziert wird?

Begründung erfolgt mündlich.

(Hochheim)

Zu Punkt 10 der Tagesordnung (Ratsversammlung)

Zu Punkt 12 der Tagesordnung (Magistrat)

Der Oberbürgermeister

Kiel, den 8. August 1972

Drucksache 231

Betr.: Regenschutzdächer im nördlichen Hafengebiet  
des Olympiahafens Kiel-Schilksee  
hier: Genehmigung einer Eilentscheidung  
des Oberbürgermeisters

B. E.: Oberbürgermeister/Stadtbeirat Kulenkampff

Antrag: Folgende Zustimmung des Oberbürgermeisters  
wird genehmigt:

Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der  
Finanzplanstelle der Hafen- und Verkehrsbetriebe 3264/184 -  
Erweiterung des Olympiahafens Kiel-Schilksee - in Höhe  
von 50.000,-- DM für die Aufstellung von Regenschutz-  
dächern im nördlichen Hafengebiet wird zugestimmt.

Die Ausgabe wird gedeckt im Rahmen der Konsortialfinan-  
zierung. Der Eigenanteil der Stadt in Höhe von höchstens  
12.500,-- DM ist - vorbehaltlich einer anderen Finan-  
zierung im Nachtragshaushaltsplan - der Rücklage zur  
Finanzierung olympiabedingter Maßnahmen zu entnehmen.

Die Genehmigung der Ratsversammlung ist unverzüglich  
einzuholen.

Begründung:

Bei der Weitläufigkeit der Hafenverkehrsfläche sind die Entfer-  
nungen zu den Unterstellmöglichkeiten für die Segler zum Schutz  
gegen Witterungsunbilden unzumutbar groß. Die Erfahrungen der  
Kieler Woche 1972 haben gezeigt, dass im nördlichen Hafengebiet in  
der Nähe der Jollenlandliegeplätze Regenschutzdächer erforderlich  
sind.

Dieser Maßnahme wurde im Konsortialgespräch am 14. Juli 1972  
von den Konsorten zugestimmt. Die Kosten in Höhe von 50.000,-- DM  
werden im Rahmen der Konsortialfinanzierung gedeckt.

Eine Eilentscheidung war erforderlich, um die Fertigstellung der  
Maßnahme bis zum Beginn der Olympischen Segelwettbewerbe sicher-  
zustellen.

(Bantzer)  
Oberbürgermeister

Zu Punkt 11 der Tagesordnung (Ratsversammlung)  
Zu Punkt 14) der Tagesordnung (Magistrat)

Rechtsamt  
02.06.012 -1972-  
Lo/Gri

Kiel, den 15. Aug. 1972

Drucksache 234

Betr.:

Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 025/664 Rechnungsjahr 1972 - Haftpflicht- und sonstige Schadensleistungen -

Berichterstatter:

Oberbürgermeister *WJ*

Antrag:

Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 150.000,-- DM bei der Haushaltsstelle 025/664 - Haftpflicht- und sonstige Schadensleistungen - wird zugestimmt.

Die Deckung ergibt sich aus dem bereits in Vorbereitung befindlichen 1. Nachtragshaushaltsplan 1972.

- Endgültiger Beschluß durch die Ratsversammlung -

Begründung:

Der Bedarf läßt sich nur schätzen, da er von der Anzahl, dem Ausgang und der Höhe der geltend gemachten Ansprüche aus der Haftpflicht und aus anderen Rechtsgründen abhängig ist, wobei in Haftpflichtfällen die Verhältnisse innerhalb der gesamten Risikogemeinschaft (Haftpflichtschadenausgleich Deutscher Großstädte) maßgebend sind.

Der Aufwand bei dieser Haushaltsstelle betrug in den Jahren 1967 bis 1971

1967	-	150.206,--	DM
1968	-	170.240,--	DM
1969	-	147.214,--	DM
1970	-	197.455,--	DM
1971	-	256.011,--	DM

Hieraus ist zu ersehen, daß die Höhe der Aufwendungen im Ansatz 025/664 von Jahr zu Jahr schwankt und in den letzten beiden Jahren erheblich gestiegen ist. Es ist auch nicht annähernd zu schätzen, wie hoch die Gesamtaufwendungen für das Rechnungsjahr 1972 sein werden. Bis zum 30. 6. 1972 wurden bereits über 233.630,51 DM verfügt. In diesem Anordnungssoll ist ein Umlagebetrag von rd. 139.750,-- DM enthalten, welcher im Vorjahr lediglich rd. 104.000,-- DM betrug.

Da vorauszusehen war, daß der Haushaltsansatz im Rechnungsjahr 1972 nicht ausreichen würde, wurde bereits im Entwurf des Rechnungsamtes des in Vorbereitung befindlichen 1. Nachtragshaushaltsplanes 1972 eine Mehrausgabe von 150.000,-- DM beantragt.

Nach einer Vereinbarung mit dem Kämmereramt sind die Beträge, welche im Laufe des Rechnungsjahres der Haftpflichtselbstversicherungsrücklage zugeführt werden (Haushaltsplan 1972 = 250.000,-- und 1. Nachtragshaushaltsplan 1972 = 150.000,-- DM) auf die Ämter und Betriebe nach dem jetzigen Umlageschlüssel des HADG zu verteilen. Die Einzelbeträge werden bei den von den genannten Ämtern und Betrieben verwalteten Abschnitten und Unterabschnitten nachgewiesen, im Sammelnachweis zusammengefaßt und in einer Summe der Rücklage zugeführt.

Von dem in dem Entwurf des 1. Nachtragshaushaltsplanes 1972 beantragten Betrag von 150.000,-- DM entfallen auf die Betriebe 84.750,-- DM, so daß für die Verwaltungszweige im Rahmen des Sammelnachweises lediglich eine Mehrbelastung von 65.250,-- DM eintritt. Diese Einnahmen sind im Entwurf des 1. Nachtragshaushaltsplanes 1972 bei der Haushaltsstelle 025/215 - Beiträge zur Haftpflichtselbstversicherungsrücklage - nachgewiesen.

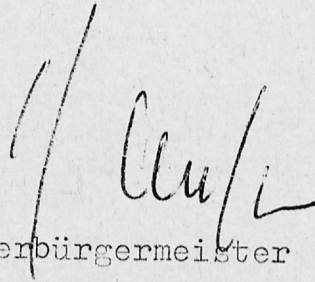
Aufgrund der vorliegenden Schätzung sollte versucht werden, mit dem Ansatz des Haushaltsplanes 1972 bis zur Verabschiedung der 1. Nachtragshaushaltssatzung durch die Ratsversammlung auszukommen.

Da das Anordnungssoll des Haushaltsolls für das Rechnungsjahr 1972 bereits erreicht hat und Zahlungsverpflichtungen für die Stadt von rd. 30.000,-- DM vorliegen, bei denen die Zahlung sofort



ist, wird die Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe nach § 106 GO erforderlich, bevor die 1. Nachtragshaushaltssatzung 1972 durch die Ratsversammlung verabschiedet wird.

Das Kämmereramt hat mitgezeichnet.



Oberbürgermeister

Zu Punkt 12 der Tagesordnung (Ratsversammlung)  
Zu Punkt 15) der Tagesordnung (Magistrat)

Rechtsamt  
02.06.012 -1972-  
Lo/Gri.

Kiel, den 15. August 1972

Drucksache 235

Betr.:

Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushalts-  
stelle 025/6371 Rechnungsjahr 1972  
- Prozeß- und Gerichtskosten -

Berichterstatter:

Oberbürgermeister *WJ*

Antrag:

Die Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe  
in Höhe von 22.250,-- DM bei der Haushalts-  
stelle 025/6371 - Prozeß- und Gerichtsko-  
sten - wird zugestimmt.

Die Deckung ergibt sich aus dem bereits in  
Vorbereitung befindlichen 1. Nachtragshaus-  
haltsplan 1972.

- Endgültiger Beschluß durch die Ratsversammlung -

Begründung:

Der zwangsläufige Bedarf unterliegt je nach Zahl, Ausgang und  
Streitwert der Prozesse erheblichen Schwankungen. Der Voranschlags-  
ansatz konnte deshalb nur roh geschätzt werden.

Der Bedarf betrug in den Jahren 1967 65.925,-- DM  
1968 34.678,-- DM  
1969 18.593,-- DM  
1970 24.718,-- DM  
1971 23.536,-- DM.

Für Prozeß- und Gerichtskosten stehen im Rechnungsjahr 1972 bei der  
Haushaltsstelle 025/6371 z. Zt. zur Verfügung:


a) Im Haushaltsplan 1972	30.000,-- DM
b) als überplanmäßige Ausgabe lt. Beschluß der Ratsversammlung vom 17. 2. 1972 - Drucksache 10 -	<u>47.750,-- DM</u>
insgesamt:	77.750,-- DM

Von diesem Gesamtbetrag ist bereits über 77.250,-- DM verfügt worden, so daß nur noch rd. 500,-- DM zur Verfügung stehen.

Im Entwurf des 1. Nachtragshaushaltsplanes 1972 wurden weitere 22.250,-- DM beantragt, da der bisherige Ansatz nicht ausreichend ist und bis zum 31. 12. 1972 mit weiteren unabwendbaren Prozess- bzw. Gerichtskosten zu rechnen ist.

Mit dem z. Zt. noch zur Verfügung stehenden Betrag von 500,-- DM ist der Zeitraum bis zur Verabschiedung der 1. Nachtragshaushaltsatzung 1972 durch die Ratsversammlung (Ende September 1972) nicht zu überbrücken. Aus diesem Grunde wird eine überplanmäßige Ausgabe nach § 106 GO in Höhe der Mehrausgabe nach dem Entwurf des 1. Nachtragshaushaltsplanes 1972 in Höhe von 22.250,-- DM erforderlich.

Das Kämmereiamt hat mitgezeichnet.

  
Oberbürgermeister

DER OBERBÜRGERMEISTER  
KULTURAMT

Kiel, den 8. August 1972

Drucksache 236

Betr.: Internationaler bildnerischer Wettbewerb der Jugend anlässlich der Olympiade 1972  
- überplanmäßige Ausgabe -  
hier: Genehmigung einer Eilentscheidung des Oberbürgermeisters vom  
14. Juli 1972

Berichterstatter: Oberbürgermeister / Stadtrat Wollschlaeger

Antrag:

Folgende Zustimmung des Oberbürgermeisters wird genehmigt:

Bei der Haushaltsstelle 777/6961 - Vorbereitung und Durchführung des Kulturprogramms 1972 - wird zur Durchführung des Internationalen bildnerischen Wettbewerbs der Jugend anlässlich der Olympiade 1972, Kiel, der sofortigen Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 26.700,-- DM zugestimmt. Der Betrag wird gedeckt durch Sperrung von:

- 2.000,-- DM bei der Haushaltsstelle 301/5233 H 4 - an verschiedene Körperschaften, Verbände und Vereine -
- 3.500,-- DM bei der Haushaltsstelle 301/694 - Veranstaltungen der Außenbezirke -
- 8.500,-- DM bei der Haushaltsstelle 301/715 - Veranstaltungen und Ausstellungen -
- 1.500,-- DM bei der Haushaltsstelle 301/716 - Künstlerische Entwürfe und Gestaltungen -
- 2.500,-- DM bei der Haushaltsstelle 340/5233 H 2 - An verschiedene Vereine -
- 3.000,-- DM bei der Haushaltsstelle 340/9800 - Kunstwerke und Wiedergaben -
- 6.700,-- DM bei der Haushaltsstelle 340/9802 - Ankauf von Freiplastiken -

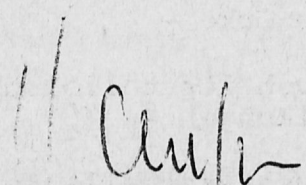
insges. 26.700,-- DM.

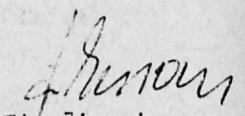
Die überplanmäßige Ausgabe und ihre Deckung sind in den Nachtragshaushaltsplan 1972 einzubeziehen.

- Endgültige Beschlußfassung durch die Ratsversammlung -

Begründung:

Die Stadt Kiel führt als Teil des offiziellen Kulturprogramms anlässlich der Olympischen Segelwettbewerbe einen "Internationalen bildnerischen Wettbewerb der Jugend" durch, der in einer Ausstellung vom 1. August bis 24. September 1972 in der Universitätsbibliothek und im Auditorium maximum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Die Ausstellung, die ca. 700 von einer internationalen Jury ausgewählte Arbeiten beinhaltet, ist ohne einen repräsentativen Katalog, der gleichzeitig eine Dokumentation darstellt, undenkbar. Dieses Objekt, verbunden mit den in den letzten Jahren eingetretenen Kostensteigerungen, übersteigt selbst bei Berücksichtigung evtl. Verkaufserlöse erheblich die für diesen Zweck zur Zeit zur Verfügung stehenden Mittel. Die Stadt Kiel hat für den bildnerischen Wettbewerb 30.000,-- DM bereitgestellt. Hinzu kommen 20.000,-- DM der Deutschen Sportjugend. Mit diesen Mitteln ist die Auswertung und Ausstellung des Wettbewerbsergebnisses nicht im erforderlichen Umfang durchführbar. Um die für das internationale Ansehen Kiels wichtige Maßnahme abzuschließen ist das Kulturdezernat bereit, im Rahmen des Einzelplanes 3 für die erforderlichen Mittel durch Einschränkung eigener Aktivitäten Deckung anzubieten. Die Ausstellung wird am 1. August eröffnet. Verpflichtungen mussten unverzüglich eingegangen werden. Eine Entscheidung der Ratsversammlung konnte nicht mehr eingeleitet werden. Selbst die Mitglieder des Kulturausschusses konnten in der Urlaubszeit nicht befragt werden. Wegen der besonderen Eilbedürftigkeit ist daher am 14. Juli 1972 vom Oberbürgermeister die im Antrag aufgeführte Eilentscheidung gemäß § 106 Abs. 1 getroffen worden, um deren Genehmigung mit dieser Vorlage geschehen wird. Das Kämmereiamt hat die Eilentscheidung mitgezeichnet.

  
Oberbürgermeister

i.v.   
Stadtrat

Kiel, den 14. Juli 1972

Eilentscheidung

gem. § 106 GO

Bei der Haushaltsstelle 777/6961 - Vorbereitung und Durchführung des Kulturprogramms 1972 - wird zur Durchführung des "Internationaler bildnerischen Wettbewerbs der Jugend anlässlich der Olympiade 1972, Kiel" der sofortigen Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von

26.700,-- DM

zugestimmt.

Der Betrag wird gedeckt durch Sperrung von

2.000,-- DM bei der HHStelle 301/5233 H 4 - An verschiedene Körperschaften, Verbände und Vereine -

3.500,-- DM bei der HHStelle 301/694 - Veranstaltungen der Außenbezirke -

8.500,-- DM bei der HHStelle 301/715 - Veranstaltungen und Ausstellungen -

1.500,-- DM bei der HHStelle 301/716 - Künstlerische Entwürfe und Gestaltungen -

2.500,-- DM bei der HH-Stelle 340/5233 H2 - An verschiedene Vereine -

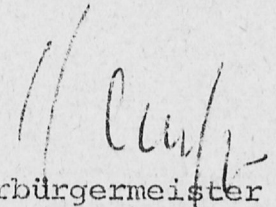
3.000,-- DM bei der HH-Stelle 340/9800 - Kunstwerke und Wiedergaben -

6.700,-- DM bei der HH-Stelle 340/9802 - Ankauf von Freiplastiken -

26.700,-- DM

Die überplanmäßige Ausgabe und ihre Deckung sind in den Nachtragshaushaltsplan 1972 einzubeziehen.

Die Genehmigung der zuständigen städtischen Beschlußorgane wird unverzüglich eingeholt.

  
Oberbürgermeister

T I E F B A U A M T

Kiel, den 14. Juli 1972

Drucksache 237

Betr.: Verlängerung der nördlichen Steinmole als Wellenbrecher und Verlängerung des Fuhlenseeauslaufes am Olympiahafen Kiel-Schilksee

B.-E.: Stadtrat Renger

Antrag: 1) Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Finanzplanstelle der Hafen- und Verkehrsbetriebe 3264/194 - Erweiterung des Olympiahafens Kiel-Schilksee - in Höhe von 760.000,-- DM für die Verlängerung der nördlichen Steinmole als Wellenbrecher und Verlängerung des Fuhlenseeauslaufes wird zugestimmt.

Die Ausgabe wird gedeckt im Rahmen der Konsortialfinanzierung. Der Eigenanteil der Stadt in Höhe von höchstens 190.000,-- DM ist - vorbehaltlich einer anderen Finanzierung im Nachtragshaushaltsplan - der Rücklage zur Finanzierung olympiabedingter Maßnahmen zu entnehmen.

2) Der Kostenvorschlag für die Verlängerung des Fuhlenseeauslaufes und der Schilkseer Au, aufgestellt vom Tiefbauamt, Hafen- und Bahnanlagen am 11.7.1972, abschließend mit 760.000,-- DM wird genehmigt.


Endgültiger Beschluß durch die Ratsversammlung

Begründung

Die Veränderung des natürlichen Küstenverlaufs durch den Bau der Erweiterungsbecken für die Häfen Schilksee und Strände läßt befürchten, daß es in diesem Bereich zu Sandablagerungen kommt, die durch die natürliche Spülkraft der Ausläufe - vor allem in trockenen Sommern - nicht beseitigt werden können. Die Folge wäre eine Verstopfung der Ausläufe und ein Rückstau, der erhebliche Schäden im Hinterland verursachen würde.

Das Wasserwirtschaftsamt Schleswig als zuständige Genehmigungsbehörde hat daher bereits Auflagen angekündigt. Danach sollen die Ausläufe um etwa 170 m seewärts verlängert und durch eine Steinmole geschützt werden. Diese Maßnahmen sind Gegenstand des vorliegenden Kostenvorschlags.

Die Konsorten haben dieser Maßnahme im Konsortialgespräch am 14. Juli 1972 im Rahmen der Konsortialfinanzierung mit 760.000,-- DM zugestimmt.

  
Kulekampff  
Stadtbaurat



Zu Punkt 15) der Tagesordnung (Ratsversammlung)

Zu Punkt 18) der Tagesordnung (Magistrat)

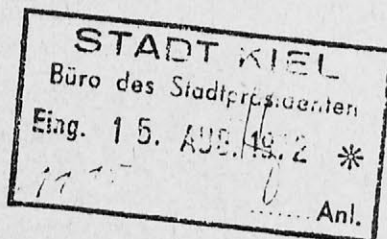
RATSHERREN-FRAKTION

23 KIEL, den 14. August 1972  
Rathaus, Fraktionszimmer  
Telefon 5941

Drucksache 238

An die  
Frau Stadtpräsidentin

2300 K i e l  
Rathaus




Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin!

Namens der CDU-Ratsherren-Fraktion stelle ich hiermit den  
folgenden

D r i n g l i c h k e i t s a n t r a g :

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Anstelle des ausgeschiedenen Ratsherrn Hans Steinert  
wird als Mitglied des Bauausschusses des Deutschen Städte-  
tages, Landesverband Schleswig-Holstein, Ratsherr Karl  
L i e k e m a n n gewählt.

  
(Hochheim)

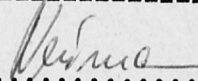
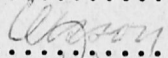

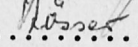
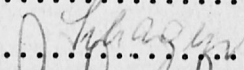
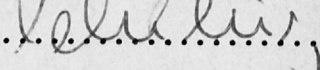
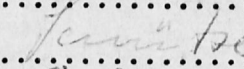
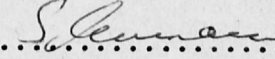
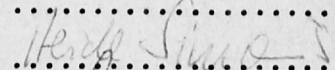
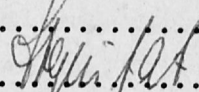
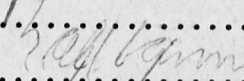
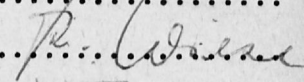
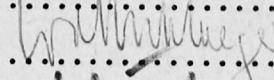
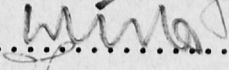
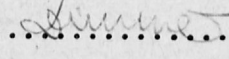
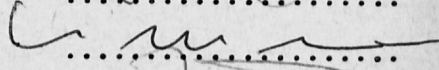
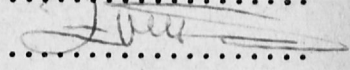
Fraktionsvorsitzender



Anwesenheitsliste

für die Sitzung der Ratsversammlung am 17. August 1972

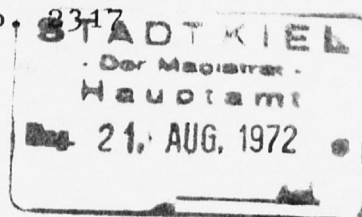
Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
1.	Ratsherr	Bergien
2.	Ratsherr	Dr. Boese
3.	Ratsherr	Diekelmann
4.	Ratsherrin	Franke
5.	Stadtrat	Fuhrmann
6.	Ratsherr	Gallinat
7.	Ratsherr	Gerlach
8.	Ratsherr	Grunert
9.	Ratsherr	Hänsler
10.	Ratsherr	Hansen
11.	Stadtpräsidentin	Hinz
12.	Stadtrat	Hochheim
13.	Ratsherr	Ipsen
14.	Ratsherr	Jensen
15.	Ratsherr	Johanning
16.	Ratsherrin	Kade
17.	Ratsherr	Kähler
18.	Ratsherr	Knaupe
19.	Ratsherr	Leps
20.	Ratsherr	Lorenz
21.	Ratsherr	Lüth
22.	Stadtrat	Marschner
23.	Ratsherr	Dr. Moll
24.	Ratsherr	Müller
25.	Ratsherr	Dr. Müller

Lfd. Nr.		Name	Unterschrift
26.	Stadtrat	Neumann	
27.	Stadtrat	Ohmsen	
28.	Ratsherr	Olsson	
29.	Stadträtin	Dr. Portofée	
30.	Ratsherr	Rösser	
31.	Ratsherr	Sauerbaum	
32.	Ratsherr	Schagen	
33.	Ratsherr	Schilling	
34.	Ratsherr	Graf von Schlieben	
35.	Ratsherr	Prof. Dr. Schütze	
36.	Ratsherr	Schumann	
37.	Ratsherr	Schunck	
38.	Ratsherrin	Simonis	
39.	Ratsherr	Steinert	
40.	Ratsherr	Steputat	
41.	Ratsherrin	Voss	
42.	Ratsherrin	Wallbaum	
43.	Ratsherr	Wiese	
44.	Ratsherr	Will	
45.	Stadtrat	Wollschlaeger	
46.	Stadtrat	Wurbs	
47.	Ratsherr	Zimmer	
48.	Stadtrat	Zimmermann	
49.	Ratsherr	Zöllkau	

Büro des Stadtpräsidenten

Kiel, den 18. August 1972

App. 8317



An  
das Hauptamt  
hier

Als Anlage wird die Kurzniederschrift über die öffentliche und die nichtöffentliche Sitzung der Ratsversammlung am 7. Juli 1972 gemäß Rundverfügung Nr. 11 vom 1. August 1966 zur weiteren Veranlassung übersandt.

*O. J. J.*

Kurz Niederschrift

über die Sitzung der Ratsversammlung

am 17. August 1972

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 15.49 Uhr

Sitzungsunterbrechung: Keine

Vorsitzender: Stadtpräsidentin H i n z

1. Schriftführer: Ratsherr Wiese

2. Schriftführer: Ratsherr Bergien

Anwesend: Stadträte: Fuhrmann, Hochheim, Johanning, Marschner,  
Neumann, Ohmsen, Frau Dr. Portofée,  
Wollschlaeger, Wurbs, Zimmermann

Ratsherren: Bergien, Dr. Boese, Diekelmann, Frau Franke,  
Gallinat, Gerlach, Grunert, Hansen, Hänslar,  
Ipsen, Jensen, Frau Kade, Kähler, Knaupe,  
Leps, Lorenz, Lüth, Dr. Moll, Müller,  
Dr. Müller, Olsson, Rösser, Sauerbaum,  
Schagen, Schilling, Graf-von-Schlieben,  
Schumann, Schunek, Prof. Dr. Schütze, Frau  
Simonis, Steinert, Steputat, Frau Voss,  
Frau Wallbaum, Wiese, Will, Zimmer, Zöllkau

Es fehlen  
entschuldigt:

Stadtrat Ohmsen, Ratsherren: Gerlach,  
Hansen, Lorenz, Graf von Schlieben, Schunck

Es fehlen  
unentschuldigt:

---

Anwesende haupt-  
amtliche Magistrats-  
mitglieder:

Oberbürgermeister Bantzer, Bürgermeister  
Barow, Stadtbaurat-Kulenkampff, Stadt-  
schulrat-Dr.-Lohmann, Stadtrat-Lütgens,  
Stadtrat Quade, Stadtrat Renger

Mitglieder der Ortsbeiräte Meimersdorf,  
Mettenhof, Moorsee, Rönne, Russee,  
Schilksee, Suchsdorf, Wellsee

1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen der Ratsversammlung am 29. Juni und 7. Juli 1972

Gegen die Niederschriften werden keine Bedenken erhoben.  
Damit sind sie genehmigt.

2. Geschäftliche Mitteilungen

a) des Stadtpräsidenten

Es liegen keine Geschäftlichen Mitteilungen vor.

b) des Magistrats und des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Geschäftlichen Mitteilungen vor.

Karl-Heinz Z i m m e r  
Ratsherr

23 Kiel-Wellsee, den 7.8.1972  
Hansahöhe 3

Drucksache 222

Frau  
Stadtpräsidentin Ida H i n z

23 K i e l  
Rathaus

Sehr verehrte Frau Stadtpräsidentin!

Ich darf Sie bitten, die folgende Kleine Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Ratsversammlung zu setzen:

- 1.) Laut "Kieler Express" vom 27.7.1972 hat Stadtschulrat Dr. Lohmann behauptet, am Staatlichen Gymnasium Wellingdorf seien im letzten Schuljahr 31 % der Schüler der Orientierungsstufe an die Hauptschule zurückversetzt worden; Studiendirektor Wenzel vom Staatlichen Gymnasium Wellingdorf stellte dagegen laut "Kieler Express" vom 3.8.1972 fest, es seien lediglich 4,3 % der Schüler der Orientierungsstufe an seiner Schule zu Realschule schrägversetzt worden.

Ich frage den Magistrat:

- a) Wie konnte es zu derartig unterschiedlichen Aussagen kommen?
- b) Wie viele Schüler der Orientierungsstufe des Staatlichen Gymnasiums Wellingdorf sind tatsächlich wohin zurückversetzt worden?

- 2.) Laut "Kieler Nachrichten" vom 22.7.1972 und "Kieler Express" vom 27.7.1972 hat Stadtschulrat Dr. Lohmann dem Staatlichen Gymnasium Wellingdorf und der Theodor-Storm-Realschule eine besonders scharfe und unsoziale Auslese unter den Schülern der Orientierungsstufe vorgeworfen.

Ich

Ich frage den Magistrat:

- a) welche Gründe gibt es für diesen Vorwurf?
  - b) Sieht auch der Magistrat in diesem Vorwurf, falls er un-  
gründet sein sollte, eine Diffamierung der betroffenen  
Lehrerkollegien?
- 3.) Laut "Kieler Nachrichten" vom 22.7.1972 hat Stadtschulrat Dr. Lohmann behauptet, es gebe in Kiel eine Begabungsreserve von 112 Schülern, die weiterhin die Hauptschule besuchen, obwohl sie in der Lage wären, auf ein Gymnasium zu gehen.

Ich frage den Magistrat:

- a) An welchen Schulen und in welchen Klassenstufen befinden sich diese Schüler?
- b) Falls die Behauptung zutreffen sollte, welches sind die Gründe?

Begründung:

Die Behauptungen Dr. Lohmanns zu wesentlichen Problemen der Orientierungsstufe haben erhebliche Unruhe und Empörung ausgelöst. Namentlich die Lehrer der betroffenen Schulen fühlen sich zu Unrecht angegriffen. Deshalb bedarf diese Angelegenheit einer schnellen und gründlichen Aufklärung in der Ratsversammlung.

gez. Karl-Heinz Zimmer  
Mitglied der CDU-Ratsherrenfraktion

--

Mit herzlichen Grüßen  
Ihr gez. Zimmer

O b e r b ü r g e r m e i s t e r beantwortet für den  
Magistrat die Anfrage.

- Kenntnis genommen -

Reinhold R ö s s e r  
- CDU-Ratsherr -

Kiel, den 9. August 1972

Drucksache 230

An die  
Frau Stadtpräsidentin  
I. H i n z

2300 K i e l  
Rathaus

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin!

Ich bitte, folgende Anfrage an den Magistrat zur Beantwortung in der Fragestunde auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 17. d.Mts. zu setzen:

" Ich frage den Magistrat :

1. Welchen Stand haben die Bemühungen um die Errichtung der Stiftung "Sozialwerk für Obdachlosenhilfe" erreicht?
2. Haben sich außer der Stadt Kiel noch andere Stellen zur Beteiligung an dieser Stiftung bereit erklärt, ggfs. welche und mit welchen Beträgen?
3. Wie viele Personen sind durch gezielte Maßnahmen - ggfs. durch welche - seit dem 1.1.1972 vor dem Obdachlosenwerden bewahrt worden?
4. Welcher finanzielle Aufwand aus städtischen bzw. Stiftungsmitteln war dafür erforderlich?
5. Wie viele Familien konnten seit dem 1.1.1972 aus Obdachlosenunterkünften in Wohnungen des vorhandenen Bestandes oder in Neubauwohnungen untergebracht werden?
6. Wie viele Familien sind seit dem 1.1.72 neu in Obdachlosenunterkünfte eingewiesen worden und welche Gründe waren hierfür maßgebend?



7. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um zunächst Lager Kollhorst zu räumen?
8. Welche Maßnahmen sind von seiten der Stadt Kiel zur Betreuung der Kinder und Jugendlichen in den Obdachlosenlagern getroffen oder beabsichtigt?
9. Ist seitens der Stadt Kiel ein Programm zur stufenweisen Beseitigung der menschenunwürdigen Obdachlosenunterkünfte in Kiel entwickelt worden, ggfs. welche Schritte sieht dieses Programm vor?

Begründung erfolgt mündlich."

Mit freundlichem Gruß

Ihr R. R ö s s e r

Stadtrat Q u a d e beantwortet die Anfrage für den Magistrat.

- Kenntnis genommen -

Zu Punkt 3)c der Tagesordnung (Ratsversammlung)  
Zu Punkt 11)d der Tagesordnung (Magistrat)

Ratsherr Karl Diekelmann  
Ratsherr Dr. Hans-Michael Moll

2300 Kiel, den 11.8.1972

Drucksache 233

An die  
Frau Stadtpräsidentin  
=====

mit der Bitte um Weiterleitung an den Magistrat:  
und als "Kleine Anfrage" an die Ratsversammlung:

Teilt der Magistrat die vom Abgeordneten Heyenn (SPD) anlässlich der Landtagssitzung am 5.7.1972 und vom Abgeordneten Schulz (SPD) anlässlich einer Sendung der Nordschau vom 20.7.1972 geäußerte Auffassung

1. daß die bisherige durch die Magistratsordnung gegebene Zusammensetzung des Magistrats ein fauler Kompromiß sei, die durch ein System abgelöst werden müsse, nach dem die Mehrheit in der Stadtvertretung sich auch im Magistrat widerspiegeln müsse ?
2. daß es unzumutbar sei, bei gegebenen SPD-Mehrheiten mit CDU-Stadträten im Magistrat zusammenzuarbeiten und Beschlüsse dieser Mehrheiten durch CDU-Stadträte ausführen zu lassen?

Dr. M o l l

D i e k e l m a n n

Stadtrat Z i m m e r m a n n beantragt zu Beginn der Sitzung die Absetzung dieser Anfrage von der Tagesordnung.

Beschluß: Die Anfrage wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Stimmenverhältnis : 24 : 16

Der Magistrat  
Bauverwaltungsamt

Kiel, den 16. Juli 1972

Drucksache 216

Betr.: Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof  
hier: Außerplanmäßige Ausgabe

B.E.: Stadtbaurat Kulenkampff

Antrag: Bei der Haushaltsstelle 755/6.920 - Darlehen an die Kieler Stadtsanierungsgesellschaft zur Finanzierung des Parkhauses über dem Zentralomnibusbahnhof - wird der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 446.000,-- DM zugestimmt.

Die Ausgabe wird gedeckt durch Einnahmen in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 755/6.339 - Aus der Sonderrücklage für den Bau von Einstellplätzen -.

Begründung

Die Kieler Stadtsanierungsgesellschaft hat einen Finanzierungsplan aufgrund der Gesamtherstellungskosten für das Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof vorgelegt. Die Gesamtherstellungskosten liegen bei 8,3 Mill. DM und damit 1,6 Mill. DM über den seinerzeitigen vorläufigen Kostenermittlungen in Höhe von 6,7 Mill. DM. Die Differenz von 1,6 Mill. DM erklärt sich wie folgt:

- |  |                   |
|--|-------------------|
| 1. Zusätzliche Gründungskosten<br>(beispielsweise im Bunkerbereich,<br>wie Vergießen aller Stützen und<br>Verbände)                | ca. 0,5 Mio DM    |
| 2. Bauaufsichtliche Auflagen/Sicher-<br>heitseinrichtungen   | ca. 0,2 Mio DM    |
| 3. Vollautomatische Abfertigungsanlage<br>(erhebliche Einsparung von<br>Personalkosten)  | ca. 0,3 Mio DM    |
| 4. Mehrkosten für zusätzliche Bauarbeiten<br>(Außenanlagen, Freitreppe, zusätzl.<br>Versorgungs- und Entsorgungsleitungen<br>usw.) | ca. 0,3 Mio DM    |
| 5. Zusätzliche Kosten für Gebühren,<br>Honorare, Finanzierungsnebenkosten<br>usw.  | ca. 0,3 Mio DM    |
|  | <u>1,6 Mio DM</u> |
|  | =====             |

Die Finanzierung der neuen Gesamtkosten ist wie folgt veranschlagt:

1. Anteil der Stadt Kiel für den Bau von Fußgängerstegen	600.000 DM	
2. Finanzierungszuschuß der Stadt Kiel (durchgeleitete Bundes- und Landesmittel)	3.000.000 DM	
3. Darlehen der Stadt Kiel aus Ablösungsbeträgen für die Befreiung von der Einstell- und Garagenpflicht	446.000 DM	
4. Verlorener Zuschuß aus Mehrwertsteuervorabzug abzüglich Investitionssteuer	<u>711.000 DM</u>	4.757.000 DM
5. Eigenkapital der Kieler City Parkhaus G.m.b.H. u. Co.KG		330.000 DM
6. Zuschüsse für die Bereitstellung von Dauereinstellplätzen		200.000 DM
7. Fremdmittel (Darlehen)		<u>3.013.000 DM</u>
		<u>8.300.000 DM</u>

Der Finanzierungsplan enthält nicht die Kosten für das ZOB-Betriebsgebäude und die Kioske.

Die Gewährung des Darlehens bedeutet, daß die der Stadt Kiel bis jetzt zugeflossenen Ablösungsbeträge für die Befreiung von der Einstell- und Garagenpflicht in Höhe von 131.000 DM sowie die aus dem Bereich Schilksee-Süd zufließenden Ablösungsbeträge in Höhe von rd. 315.000 DM nunmehr der KSS zur Finanzierung des Parkhauses zur Verfügung gestellt werden.

Es ist zunächst an die Gewährung eines zinslosen Darlehens gedacht. Nach Ablauf spätestens eines Jahres wird geprüft werden müssen, ob die Einnahmen aus dem Betrieb des Parkhauses eine Verzinsung des Darlehens zulassen. Über die Bereitstellung des Darlehens wird ein besonderer Darlehensvertrag abgeschlossen.

Das Kämmereiamt hat die Vorlage mitgezeichnet.

Der Magistrat hat der Vorlage in seiner Sitzung am 12. Juli 1972 einstimmig zugestimmt.

Kulenkampff

Stadtbaurat

**Beschluß: Nach Antrag**

— einstimmig —

Der Magistrat  
Bauverwaltungsamt

Kiel, den 16. Juli 1972

Drucksache 218

Betr.: Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof  
hier: Tarifgestaltung

B.E.: Stadtbaurat Kulenkampff

Antrag: Den in der Anlage aufgeführten Tarifen für die  
Benutzung des Parkhauses über dem Zentralomnibus-  
bahnhof wird zugestimmt.

Begründung

Die KSS hat im Einvernehmen mit dem Bauverwaltungsamt  
einen Tarifvorschlag aufgrund von Wirtschaftlichkeits-  
überlegungen für die Benutzung des Parkhauses über dem  
ZOB unterbreitet. Die Tarife halten sich im Rahmen der  
in anderen Kieler Parkhäusern erhobenen Gebühren.

Der Magistrat hat der Vorlage in seiner Sitzung am 12. Juli 1972 einstimmig  
zugestimmt.

Kulenkampff  
Stadtbaurat

Beschluß: Nach Antrag

— einstimmig —

mit der Maßgabe, daß im Antrag  
das Wort "grundsätzlich" eingefügt  
wird.

Damit lautet der Antrag:

"Den in der Anlage aufgeführten Tarifen für die  
Benutzung des Parkhauses über dem Zentralomnibus-  
bahnhof wird grundsätzlich zugestimmt."

Anlage

Tarife für das Parkhaus ZOB

a) Tageszeit von 7,00 bis 19,00 Uhr

für 50 Minuten Parkzeit 0,60 DM

für 90 Minuten Parkzeit 1,-- DM

für jede weiteren angefangenen  
10 Minuten 0,10 DM

Tageeinstellung (07,00 bis  
19,00 Uhr) 7,-- DM

b) Nachtzeit von 19,00 bis 7,00 Uhr

für 90 Minuten Parkzeit 0,50 DM

für jede weiteren angefangenen  
20 Minuten 0,10 DM

Nachteinstellung (19,00 bis  
07,00 Uhr) 3,50 DM

c) Tag- und Nachteinstellung 10,-- DM

d) Dauereinstellplätze

Monatliche Einstellgebühr  
(Tag- und Nachteinstellung) 70,-- DM

Monatliche Einstellgebühr  
(nur Nachteinstellung von  
19,00 bis 07,00 Uhr) 35,-- DM

Der Oberbürgermeister  
H o c h b a u a m t

Kiel, den 21 Juli 1972

Drucksache 223

Betr.: Neubau einer Bedürfnisanstalt und Parkplatz an der  
Kiellinie  
- Genehmigung einer Eilentscheidung -

B.E.: Stadtbaurat Kulenkampff/Oberbürgermeister

Antrag: Folgende Eilentscheidung des Oberbürgermeisters wird  
genehmigt:

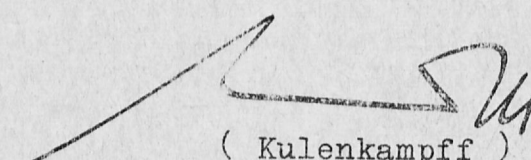
Der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von  
200.000 DM bei der Haushaltsstelle 7023/6.9520 - Neubau  
Bedürfnisanstalt und Parkplatz an der Kiellinie - wird  
zugestimmt.

Die Ausgabe wird gedeckt durch Zuschüsse in gleicher Höhe  
bei der Haushaltsstelle 7023/6.0713 aufgrund des Konsortial-  
vertrages.

Begründung

An der Kiellinie ist bis zum Beginn der Olympischen Segel-  
wettbewerbe eine Bedürfnisanstalt und ein Parkplatz zu errichten.  
Der Finanzierung der Baukosten aus Olympiamitteln haben die  
Konsorten zugestimmt.

Wegen der Dringlichkeit hat der Oberbürgermeister am 18.7.1972  
eine entsprechende Eilentscheidung getroffen, die jetzt durch  
die Ratsversammlung zu genehmigen ist.

  
( Kulenkampff )  
Stadtbaurat

Beschluß: Nach Antrag

- einstimmig -

Der Oberbürgermeister  
Bauverwaltungsamt

Kiel, den 21. Juli 1972

Drucksache 224

Betr.: Bau von Entwässerungsanlagen zur Erschließung des Gewerbegebietes Kiel-Wellsee - II. Teilabschnitt -  
hier: Genehmigung einer Eilentscheidung des Oberbürgermeisters

B.E.: Oberbürgermeister/Stadtbaurat Kulenkampff

Antrag: Die folgende Anordnung des Oberbürgermeisters wird genehmigt:

Als dringende Maßnahme, die sofort ausgeführt werden muß, wird angeordnet:

Der Bauentwurf zur Herstellung der Entwässerungsanlagen zur Erschließung des Gewerbegebietes Kiel-Wellsee - II. Teilabschnitt - wird gegenüber dem aufgestellten Entwurf vom 21.6.1972 eingeschränkt.

Die Genehmigung der Ratsversammlung ist unverzüglich einzuholen.

Begründung

Der Entwurf zur Erschließung des Gewerbegebietes Kiel-Wellsee wurde am 21.6.1972 aufgestellt. Die am 5.7.1972 durchgeführte Ausschreibung hat ergeben, daß die veranschlagten Kosten in Höhe von 2.239.000 DM um 180.000 DM überschritten werden.

Die Eilentscheidung war erford. erlich, um den Entwurf so einzuschränken, daß die Kosten 2.239.000 DM nicht überschreiten und damit das Bauvorhaben mit den bereitgestellten Mitteln bereits begonnen werden kann, um die termingemäße Fertigstellung der Erschließung zu ermöglichen und die Ausschöpfung von Zuschüssen zu gewährleisten.

Beschluß: Nach Antrag

— einstimmig —

(Kulenkampff)  
Stadtbaurat



Sozialausschuß  
Amt für Familienfürsorge

Kiel, den 30. Juni 1972

Drucksache 212

Betrifft: Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 403/6311

Berichterstatter: Stadtrat Quade

Antrag: Bei der Haushaltsstelle 403/6311 -Bürobedarf - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 1.250, -- DM für das Rechnungsjahr 1972 genehmigt, gleichzeitig wird bei der Haushaltsstelle 403/715 - Sammelvormundschaft - die Summe in Höhe von 1.250, -- DM gesperrt.

-Endgültige Beschlußfassung durch die Ratsversammlung-

Begründung

Für Bürobedarf sind bisher

ausgegeben " 1.530 DM

bestellt oder  
sonst festgelegt " 170 DM (Bestellung in der Beschaffungsstelle)

Für das weitere RJ  
wird mit " 1.250 DM für Büromaterial aus der Beschaffungsstelle gerechnet.

---

2.950 DM

Die Mehrausgaben entstanden vor allem durch den Druck von Karteikarten (600 DM), die für die Sozialarbeiter unseres Amtes benötigt werden. Es ist aus finanziellen Gründen günstiger, die Karteikarten in großer Menge (für ca. 2 Jahre) anzuschaffen.

Außerdem wurde ab 1.1.1972 lt. Beschluß des Magistrats vom 22.12.1971 das Amt für Familienfürsorge beauftragt, die Sammelvormundschaft für körperlich und geistig gebrechliche Erwachsene auf hauptamtliche städtische Kräfte umzustellen. Hierfür mußten u. a. Pendelhefter und Büromaterial für den Dienstraum beschafft werden.

Voraussichtlich am 1.7.1972 erhalten wir in der neuen Verwaltungsstelle in Mettenhof für unsere Sozialarbeiter 5 Räume, für die Büromaterial benötigt wird.

Für Schreibmaschinenpapier und Umdruckpapier wurden bisher rd. 300 DM ausgegeben. Im I. Quartal 1972 waren an die Beschaffungsstelle 475 DM für Büromaterial zu zahlen.

Bei 61 Dienstkräften, die im Außendienst für Aufgaben des gesamten Sozialdezernats tätig sind, entfällt für jeden Mitarbeiter ein Kopfbetrag von 27 DM für Büromaterial jährlich. Mit diesem Betrag dürfte es unter Berücksichtigung der einmaligen Ausgabe und des jährlichen Kalenderbedarfs nicht möglich sein, die Aufgaben ordnungsgemäß durchzuführen. Für den Rest des Haushaltsjahres wird ein unabweisbarer Bedarf von 1.250 DM für unbedingt notwendig erachtet.

Bei der Aufstellung des Haushaltsvoranschlages für 1972 wurde von uns ein höherer Ansatz von 1.900 DM für Büromaterial beantragt, ohne dabei die Ausgaben für die Übernahme der Sammelvormundschaft zu berücksichtigen, der jedoch vom Kämmereiamt gekürzt wurde.

Das Kämmereiamt hat die Vorlage mit folgender Stellungnahme mitgezeichnet

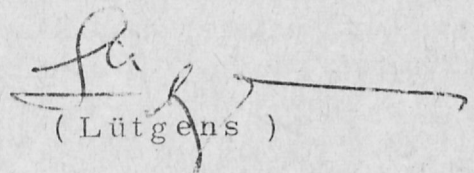
"Das Amt für Familienfürsorge hatte den Mehrbedarf in Höhe von 1.250 DM zum Nachtragshaushaltsplan angemeldet. Die Anmeldung veranlaßte das Kämmereiamt, auf die wegen der schwierigen Finanzsituation angeordnete 10 %ige Verfügungsbeschränkung und auf die Pflicht des Amtes hinzuweisen, die Mittel so zu bewirtschaften, daß sie zur Bestreitung aller erforderlichen Ausgaben ausreichen.

Falls besondere Umstände den Mehrbedarf rechtfertigen, wurde das Amt gebeten, die Mehrausgaben überplanmäßig bereitstellen zu lassen."

Der Sozialausschuß hat der Vorlage durch Umlaufbeschluß zugestimmt.

**Beschluß: Nach Antrag**

— einstimmig —

  
( Lütgens )



RATSHERRN-FRAKTION

23 KIEL, den 8. August 1972

Rathaus, Fraktionszimmer

Telefon 5941

Drucksache 225

An die  
Frau Stadtpräsidentin

2300 K i e l

Rathaus

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin!

Namens der CDU-Ratsherren-Fraktion stelle ich hiermit folgende

G r o ß e A n f r a g e :

1. Hat der Magistrat gemeinsam mit den Bauträgern dafür Vorsorge getroffen, daß die für die Segel-Olympiade 1972 in Kiel-Schilksee errichteten Unterkünfte (Wohnungen, Appartements, Bungalows u. dergl.) nach der Olympiade sinnvoll genutzt und nicht etwa leerstehen werden?
2. Ist insbesondere auch geprüft worden und ggfs. mit welchem Ergebnis, inwieweit die zu 1) genannten Unterkünfte im Hinblick auf den bekannten Mangel an Zimmern bzw. Wohnheimplätzen für Studierende in Kiel nach der Olympiade an diesen Personenkreis vermietet werden kann, etwa wie in München praktiziert wird?

Begründung erfolgt mündlich.

(Hochheim)

Diese Große Anfrage wurde von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

Der Oberbürgermeister

Kiel, den 8. August 1972

Drucksache 231

Betr.: Regenschutzdächer im nördlichen Hafenbereich  
des Olympiahafens Kiel-Schilksee  
hier: Genehmigung einer Eilentscheidung  
des Oberbürgermeisters

B. E.: Oberbürgermeister/Stadtbaurat Kulenkampff

Antrag: Folgende Zustimmung des Oberbürgermeisters  
wird genehmigt:

Der Leistung einer überplannmäßigen Ausgabe bei der  
Finanzplanstelle der Hafen- und Verkehrsbetriebe 8264/184 -  
Erweiterung des Olympiahafens Kiel-Schilksee - in Höhe  
von 50.000,-- DM für die Aufstellung von Regenschutz-  
dächern im nördlichen Hafenbereich wird zugestimmt.

Die Ausgabe wird gedeckt im Rahmen der Konsortialfinan-  
zierung. Der Eigenanteil der Stadt in Höhe von höchstens  
12.500,-- DM ist - vorbehaltlich einer anderen Finan-  
zierung im Nachtragshaushaltsplan - der Rücklage zur  
Finanzierung olympiabedingter Maßnahmen zu entnehmen.

Die Genehmigung der Ratsversammlung ist unverzüglich  
einzuholen.

Begründung:

Bei der Weitläufigkeit der Hafenverkehrsfläche sind die Entfer-  
nungen zu den Unterstellmöglichkeiten für die Segler zum Schutz  
gegen Witterungsunbilden unzumutbar groß. Die Erfahrungen der  
Kieler Woche 1972 haben gezeigt, dass im nördlichen Hafenbereich in  
der Nähe der Jollenlandliegeplätze Regenschutzdächer erforderlich  
sind.

Dieser Maßnahme wurde im Konsortialgespräch am 14. Juli 1972  
von den Konsorten zugestimmt. Die Kosten in Höhe von 50.000,-- DM  
werden im Rahmen der Konsortialfinanzierung gedeckt.

Eine Eilentscheidung war erforderlich, um die Fertigstellung der  
Maßnahme bis zum Beginn der Olympischen Segelwettbewerbe sicher-  
zustellen.

(Bantzer)  
Oberbürgermeister

Beschluß: N a c h A n t r a g - einstimmig -

Die Dringlichkeit wurde zu Beginn der Sitzung anerkannt.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung (Ratsversammlung)  
Zu Punkt 14 der Tagesordnung (Magistrat)

Rechtsamt  
02.06.012 -1972-  
Lo/Gri

Kiel, den 15. Aug. 1972

Drucksache 234

Betr.:

Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 025/664 Rechnungsjahr 1972 - Haftpflicht- und sonstige Schadensleistungen -

Berichterstatter:

Oberbürgermeister

Antrag:

Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 150.000,-- DM bei der Haushaltsstelle 025/664 - Haftpflicht- und sonstige Schadensleistungen - wird zugestimmt.

Die Deckung ergibt sich aus dem bereits in Vorbereitung befindlichen 1. Nachtragshaushaltsplan 1972.

- Endgültiger Beschluß durch die Ratsversammlung -

Begründung:

Der Bedarf läßt sich nur schätzen, da er von der Anzahl, dem Ausgang und der Höhe der geltend gemachten Ansprüche aus der Haftpflicht und aus anderen Rechtsgründen abhängig ist, wobei in Haftpflichtfällen die Verhältnisse innerhalb der gesamten Risikogemeinschaft (Haftpflichtschadenausgleich Deutscher Großstädte) maßgebend sind.

Der Aufwand bei dieser Haushaltsstelle betrug in den Jahren 1967 bis 1971

1967	-	150.206,--	DM
1968	-	170.240,--	DM
1969	-	147.214,--	DM
1970	-	197.455,--	DM
1971	-	256.011,--	DM

Hieraus ist zu ersehen, daß die Höhe der Aufwendungen im Ansatz 025/664 von Jahr zu Jahr schwankt und in den letzten beiden Jahren erheblich gestiegen ist. Es ist auch nicht annähernd zu schätzen, wie hoch die Gesamtaufwendungen für das Rechnungsjahr 1972 sein werden. Bis zum 30. 6. 1972 wurden bereits über 233.630,51 DM verfügt. In diesem Anordnungssoll ist ein Umlagebetrag von rd. 139.750,-- DM enthalten, welcher im Vorjahr lediglich rd. 104.000,-- DM betrug.

Da vorauszusehen war, daß der Haushaltsansatz im Rechnungsjahr 1972 nicht ausreichen würde, wurde bereits im Entwurf des Rechnungsamtes des in Vorbereitung befindlichen 1. Nachtragshaushaltsplans 1972 eine Mehrausgabe von 150.000,-- DM beantragt.

Nach einer Vereinbarung mit dem Kämmereiamt sind die Beträge, welche im Laufe des Rechnungsjahres der Haftpflichtselbstversicherungsrücklage zugeführt werden (Haushaltsplan 1972 = 250.000,-- und 1. Nachtragshaushaltsplan 1972 = 150.000,-- DM) auf die Ämter und Betriebe nach dem jetzigen Umlageschlüssel des HADG zu verteilen. Die Einzelbeträge werden bei den von den genannten Ämtern und Betrieben verwalteten Abschnitten und Unterabschnitten nachgewiesen, im Sammelnachweis zusammengefaßt und in einer Summe der Rücklage zugeführt.

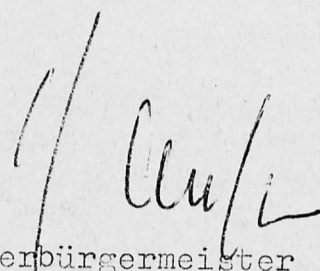
Von dem in dem Entwurf des 1. Nachtragshaushaltsplans 1972 beantragten Betrag von 150.000,-- DM entfallen auf die Betriebe 84.750,-- DM, so daß für die Verwaltungszweige im Rahmen des Sammelnachweises lediglich eine Mehrbelastung von 65.250,-- DM eintritt. Diese Einnahmen sind im Entwurf des 1. Nachtragshaushaltsplanes 1972 bei der Haushaltsstelle 025/215 - Beiträge zur Haftpflichtselbstversicherungsrücklage - nachgewiesen.

Aufgrund der vorliegenden Schätzung sollte versucht werden, mit dem Ansatz des Haushaltsplanes 1972 bis zur Verabschiedung der 1. Nachtragshaushaltssatzung durch die Ratsversammlung auszukommen.

Da das Anordnungssoll des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1972 bereits erreicht hat und Zahlungsverpflichtungen für die Stadt von rd. 30.000,-- DM vorliegen, bei denen die Zahlung sofort fällig

ist, wird die Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe nach § 106 GO erforderlich, bevor die 1. Nachtragshaushaltssatzung 1972 durch die Ratsversammlung verabschiedet wird.

Das Kämmereramt hat mitgezeichnet.

  
Oberbürgermeister

Beschluß: N a c h A n t r a g - einstimmig -

- Die Dringlichkeit wurde zu Beginn der Sitzung anerkannt. -

Zu Punkt 12 der Tagesordnung (Ratsversammlung)  
Zu Punkt 15) der Tagesordnung (Magistrat)

Rechtsamt  
02.06.012 -1972-  
Lo/Gri.

Kiel, den 15. August 1972

Drucksache 235

Betr.:

Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushalts-  
stelle 025/6371 Rechnungsjahr 1972  
- Prozeß- und Gerichtskosten -

Berichterstatter:

Oberbürgermeister

Antrag:

Die Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe  
in Höhe von 22.250,-- DM bei der Haushalts-  
stelle 025/6371 - Prozeß- und Gerichtsko-  
sten - wird zugestimmt.

Die Deckung ergibt sich aus dem bereits in  
Vorbereitung befindlichen 1. Nachtragshaus-  
haltsplan 1972.

- Endgültiger Beschluß durch die Ratsversammlung -

Begründung:

Der zwangsläufige Bedarf unterliegt je nach Zahl, Ausgang und  
Streitwert der Prozesse erheblichen Schwankungen. Der Voranschlags-  
ansatz konnte deshalb nur roh geschätzt werden.

Der Bedarf betrug in den Jahren 1967 65.925,-- DM  
1968 34.678,-- DM  
1969 18.593,-- DM  
1970 24.718,-- DM  
1971 23.536,-- DM.

Für Prozeß- und Gerichtskosten stehen im Rechnungsjahr 1972 bei der  
Haushaltsstelle 025/6371 z. Zt. zur Verfügung:



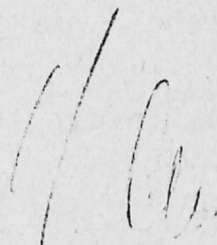
a) Im Haushaltsplan 1972	30.000,-- DM
b) als überplanmäßige Ausgabe lt. Beschuß der Ratsversammlung vom 17. 2. 1972 - Drucksache 10 -	<u>47.750,-- DM</u>
insgesamt:	77.750,-- DM

Von diesem Gesamtbetrag ist bereits über 77.250,-- DM verfügt worde, so daß nur noch rd. 500,-- DM zur Verfügung stehen.

Im Entwurf des 1. Nachtragshaushaltsplanes 1972 wurden weitere 22.250,-- DM beantragt, da der bisherige Ansatz nicht ausreichend ist und bis zum 31. 12. 1972 mit weiteren unabwendbaren Prozeß- bzw. Gerichtskosten zu rechnen ist.

Mit dem z. Zt. noch zur Verfügung stehenden Betrag von 500,-- DM ist der Zeitraum bis zur Verabschiedung der 1. Nachtragshaushalts-satzung 1972 durch die Ratsversammlung (Ende September 1972) nicht zu überbrücken. Aus diesem Grunde wird eine überplanmäßige Ausgabe nach § 106 GO in Höhe der Mehrausgabe nach dem Entwurf des 1. Nachtragshaushaltsplanes 1972 in Höhe von 22.250,-- DM erforderlich.

Das Kämmereiamt hat mitgezeichnet.



Oberbürgermeister

Beschluß: N a c h A n t r a g - einstimmig -

- Dir Dringlichkeit wurde zu Beginn der Sitzung anerkannt. -

DER OBERBÜRGERMEISTER

Kiel, den 8. August 1972

KULTURAMT

Drucksache 236

Betr.: Internationaler bildnerischer Wettbewerb der Jugend anlässlich der Olympiade 1972  
- überplanmäßige Ausgabe -

hier: Genehmigung einer Eilentscheidung des Oberbürgermeisters vom  
14. Juli 1972

Berichterstatter: Oberbürgermeister / Stadtrat Wollschlaeger

Antrag:

Folgende Zustimmung des Oberbürgermeisters wird genehmigt:

Bei der Haushaltsstelle 777/6961 - Vorbereitung und Durchführung des Kulturprogramms 1972 - wird zur Durchführung des Internationalen bildnerischen Wettbewerbs der Jugend anlässlich der Olympiade 1972, Kiel, der sofortigen Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 26.700,-- DM zugestimmt. Der Betrag wird gedeckt durch Sperrung von:

- 2.000,-- DM bei der Haushaltsstelle 301/5233 H 4 - an verschiedene Körperschaften, Verbände und Vereine -
- 3.500,-- DM bei der Haushaltsstelle 301/694 - Veranstaltungen der Außenbezirke -
- 8.500,-- DM bei der Haushaltsstelle 301/715 - Veranstaltungen und Ausstellungen -
- 1.500,-- DM bei der Haushaltsstelle 301/716 - Künstlerische Entwürfe und Gestaltungen -
- 2.500,-- DM bei der Haushaltsstelle 340/5233 H 2 - An verschiedene Vereine -
- 3.000,-- DM bei der Haushaltsstelle 340/9800 - Kunstwerke und Wiedergaben -
- 6.700,-- DM bei der Haushaltsstelle 340/9802 - Ankauf von Freiplastiken -

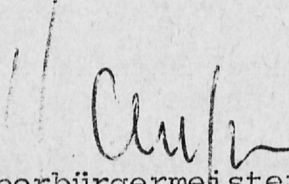
insges. 26.700,-- DM.

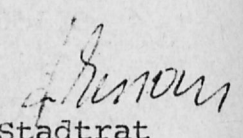
Die überplanmäßige Ausgabe und ihre Deckung sind in den Nachtragshaushaltsplan 1972 einzubeziehen.

- Endgültige Beschlussfassung durch die Ratsversammlung -

Begründung:

Die Stadt Kiel führt als Teil des offiziellen Kulturprogramms anlässlich der Olympischen Segelwettbewerbe einen "Internationalen bildnerischen Wettbewerb der Jugend" durch, der in einer Ausstellung vom 1. August bis 24. September 1972 in der Universitätsbibliothek und im Auditorium maximum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Die Ausstellung, die ca. 700 von einer internationalen Jury ausgewählte Arbeiten beinhaltet, ist ohne einen repräsentativen Katalog, der gleichzeitig eine Dokumentation darstellt, undenkbar. Dieses Objekt, verbunden mit den in den letzten Jahren eingetretenen Kostensteigerungen, übersteigt selbst bei Berücksichtigung evtl. Verkaufserlöse erheblich die für diesen Zweck zur Zeit zur Verfügung stehenden Mittel. Die Stadt Kiel hat für den bildnerischen Wettbewerb 30.000,-- DM bereitgestellt. Hinzu kommen 20.000,-- DM der Deutschen Sportjugend. Mit diesen Mitteln ist die Auswertung und Ausstellung des Wettbewerbsergebnisses nicht im erforderlichen Umfang durchführbar. Um dies für das internationale Ansehen Kiels wichtige Maßnahme abzuschließen ist das Kulturdezernat bereit, im Rahmen des Einzelplanes 3 für die erforderlichen Mittel durch Einschränkung eigener Aktivitäten Deckung anzubieten. Die Ausstellung wird am 1. August 1972 eröffnet. Verpflichtungen mußten unverzüglich eingegangen werden. Eine Entscheidung der Ratsversammlung konnte nicht mehr eingeholt werden. Selbst die Mitglieder des Kulturausschusses konnten der Urlaubszeit nicht befragt werden. Wegen der besonderen Eilbedürftigkeit ist daher am 14. Juli 1972 vom Oberbürgermeister die im Antrag aufgeführte Eilentscheidung gemäß § 106 Abs. 1 getroffen worden, um deren Genehmigung mit dieser Vorlage gebittet wird. Das Kämmereiamt hat die Eilentscheidung mitgezeichnet.

  
Oberbürgermeister

iv.   
Stadtrat

Stadtrat W o l l s c h l a e g e r trägt vor, daß die übermäßige Ausgabe nach den einzelnen Ansätzen 27.700,-DM und nicht wie im Antrag genannt, 26.700,-DM beträgt. Er bittet, die im Antrag genannte Zahl von 26.700,- auf 27.700,- zu ändern.

Beschluß: N a c h A n t r a g - einstimmig -

- Die Dringlichkeit wurde zu Beginn der Sitzung anerkannt -

Kiel, den 14. Juli 1972

Eilentscheidung

gem. § 106 GO

Bei der Haushaltsstelle 777/6961 - Vorbereitung und Durchführung des Kulturprogramms 1972 - wird zur Durchführung des "Internationaler bildnerischen Wettbewerbs der Jugend anlässlich der Olympiade 1972, Kiel" der sofortigen Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von

26.700,-- DM

zugestimmt.

Der Betrag wird gedeckt durch Sperrung von

2.000,-- DM bei der HHStelle 301/5233 H 4 - An verschiedene Körperschaften, Verbände und Vereine -

3.500,-- DM bei der HHStelle 301/694 - Veranstaltungen der Außenbezirke -

8.500,-- DM bei der HHStelle 301/715 - Veranstaltungen und Ausstellungen -

1.500,-- DM bei der HHStelle 301/716 - Künstlerische Entwürfe und Gestaltungen -

2.500,-- DM bei der HH-Stelle 340/5233 H2 - An verschiedene Vereine -

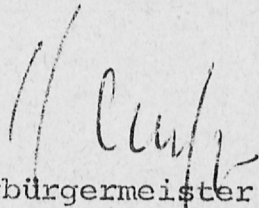
3.000,-- DM bei der HH-Stelle 340/9800 - Kunstwerke und Wiedergaben -

6.700,-- DM bei der HH-Stelle 340/9802 - Ankauf von Freiplastiken -

26.700,-- DM

Die überplanmäßige Ausgabe und ihre Deckung sind in den Nachtrags-  
haushaltsplan 1972 einzubeziehen.

Die Genehmigung der zuständigen städtischen Beschlußorgane wird unverzüglich eingeholt.

  
Oberbürgermeister

T I E F B A U M T

Kiel, den 14. Juli 1972

Drucksache 237

Betr.: Verlängerung der nördlichen Steinmole als Wellenbrecher und Verlängerung des Fuhlenseeauslaufes am Olympiahafen Kiel-Schilksee

B.-E.: Stadtrat Renger

Antrag: 1) Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Finanzplanstelle der Hafen- und Verkehrsbetriebe 3264/184 - Erweiterung des Olympiahafens Kiel-Schilksee - in Höhe von 760.000,-- DM für die Verlängerung der nördlichen Steinmole als Wellenbrecher und Verlängerung des Fuhlenseeauslaufes wird zugestimmt.

Die Ausgabe wird gedeckt im Rahmen der Konsortialfinanzierung. Der Eigenanteil der Stadt in Höhe von höchstens 190.000,-- DM ist - vorbehaltlich einer anderen Finanzierung im Nachtragshaushaltsplan - der Rücklage zur Finanzierung olympiabedingter Maßnahmen zu entnehmen.

2) Der Kostenvorschlag für die Verlängerung des Fuhlenseeauslaufes und der Schilkseer Au, aufgestellt vom Tiefbauamt, Hafen- und Bahnanlagen am 11.7.1972, abschließend mit 760.000,-- DM wird genehmigt.

Endgültiger Beschluß durch die Ratsversammlung

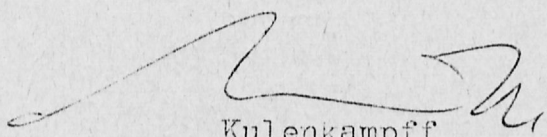
Begründung

Die Veränderung des natürlichen Küstenverlaufs durch den Bau der Erweiterungsbecken für die Häfen Schilksee und Strande läßt befürchten, daß es in diesem Bereich zu Sandablagerungen kommt, die durch die natürliche Spülkraft der Ausläufe - vor allem in trockenen Sommern - nicht beseitigt werden können. Die Folge wäre eine Verstopfung der Ausläufe und ein Rückstau, der erhebliche Schäden im Hinterland verursachen würde.

Das Wasserwirtschaftsamt Schleswig als zuständige Genehmigungsbehörde hat daher bereits Auflagen angekündigt. Danach sollen die Ausläufe um etwa 170 m seewärts verlängert und durch eine Steinmole geschützt werden. Diese Maßnahmen sind Gegenstand des vorliegenden Kostenvorschlags.

Die Konsorten haben dieser Maßnahme im Konsortialgespräch am 14. Juli 1972 in Rahmen der Konsortialfinanzierung mit 760.000,-- DM zugestimmt.

Beschluß: N a c h   A n t r a g  
- einstimmig -

  
Kulenkampf  
Stadtbaurat

- Die Dringlichkeit wurde zu Beginn der Sitzung anerkannt. -



RATSHERRN-FRAKTION

Zu Punkt 15) der Tagesordnung (Ratsversammlung)

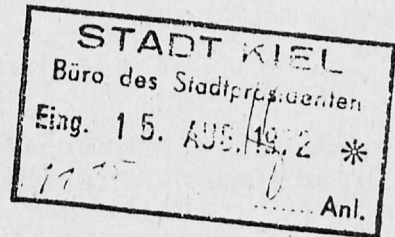
Zu Punkt 18) der Tagesordnung (Magistrat)

23 KIEL, den 14. August 1972  
Rathaus, Fraktionszimmer  
Telefon 5941

Drucksache 238

An die  
Frau Stadtpräsidentin

2300 K i e l  
Rathaus



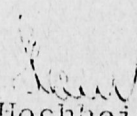
Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin!

Namens der CDU-Ratsherren-Fraktion stelle ich hiermit den  
folgenden

D r i n g l i c h k e i t s a n t r a g :

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Anstelle des ausgeschiedenen Ratsherrn Hans S t o i n e r t  
wird als Mitglied des Bauausschusses des Deutschen Städte-  
tages, Landesverband Schleswig-Holstein, Ratsherr Karl  
L i e k e l m a n n gewählt.

  
(Hochheim)

Fraktionsvorsitzender

Beschluß: N a c h A n t r a g - einstimmig -

- Die Dringlichkeit wurde zu Beginn der Sitzung anerkannt. -

Korrespondenz

über die Sitzung der Ratsversammlung

am 17. August 1972

Verschiedenes

- a) Stadtpräsidentin gibt den Mitgliedern der Ratsversammlung die nächsten Sitzungstermine bekannt:
  - 28. September Beratung des Nachtragshaushalts
  - 19. Oktober
  - 16. November
  - 7. Dezember - Bei Bedarf -
  - 18.u.evtl.19. Beratung des Haushalts 1973
  - Januar 1973
- b) Ratsherr Sauerbaum führt aus, daß am Aarhusplatz der Zustand an den Spielkästen sehr schlecht ist und bittet um Abstellung der Mängel.
- c) Ratsherr Bergien führt aus, daß die Reventlouallee sehr schmal ist und sich zwei Busse knapp begegnen können. Meistens muß ein Bus sogar teilweise auf den Bürgersteig fahren. Er bittet um Prüfung, ob eine Verbreiterung der Straße möglich ist.

Anwesend: Stadträte: Fuhmann, Röckhelm, Johannlag, Marschner, Neumann, Ohlson, Frau Dr. Portofino, Wollschlaeger, Wurbs, Zimmermann

Ratsherren: Bergien, Dr. Boese, Dickelmann, Frau Franke, Gallinat, Gerlach, Grunert, Hansen, Händler, Ipsen, Jensen, Frau Kade, Kähler, Knaupe, Leps, Lorenz, Lüth, Dr. Moll, Müller, Dr. Müller, Olsson, Rüsse, Sauerbaum, Schagen, Schilling, Graf-von-Schiffen, Schumann, Schunck, Prof. Dr. Schütze, Frau Simons, Steinert, Steputat, Frau Voss, Frau Wallbaum, Wiese, Will, Zimmer, Zöllner

Es fehlen  
entschuldigt: *Ming*  
Stadtpräsidentin

*Ming*  
Ratsherr

Es fehlen  
entschuldigt:  
Anwesende haupt-  
amtliche Registrars-  
mitglieder:  
*Wein*  
Ratsherr

(Schriftführer)  
Stadt Kiel  
der Oberbürgermeister Kiel, den 22.8.72  
- Hauptamt -  
1.) Widerspruch *Nein*  
2.) U. *Frau Stadtpr. Ming*  
Herrn Stadtrat  
zurückgeand.

*Auf*

Kurznotiz

über die Sitzung der Ratsversammlung  
am 17. August 1972

Nichtöffentliche Sitzung

Beginn: 15.50 Uhr Ende: 16.48 Uhr

Sitzungsunterbrechung: Keine

Vorsitzender: Stadtpräsidentin H i n z

1. Schriftführer: Ratsherr Wiese

2. Schriftführer: Ratsherr Bergien

Anwesend: Stadträte: Fuhrmann, Hochheim, Johanning, Marschner,  
Neumann, Ohmsen, Frau Dr. Portofée,  
Wollschlaeger, Wurbs, Zimmermann

Ratsherren: Bergien, Dr. Boese, Diekelmann, Frau Franke,  
Gallinat, Gerlach, Grunert, Hansen, Hänslar,  
Ipsen, Jensen, Frau Kade, Kähler, Knaupe,  
Leps, Lorenz, Lüth, Dr. Moll, Müller,  
Dr. Müller, Olsson, Rösser, Sauerbaum,  
Schagen, Schilling, Graf-von-Schlieben,  
Schumann, Schunck, Prof. Dr. Schütze, Frau  
Simonis, Steinert, Steputat, Frau Voss,  
Frau Wallbaum, Wiese, Will, Zimmer,  
Zöllkau

Es fehlen  
entschuldigt: Stadtrat Ohmsen, Ratsherren: Gerlach,  
Hansen, Lorenz, Graf von Schlieben,  
Schunck

Es fehlen  
unentschuldigt: ---

Anwesende haupt-  
amtliche Magistrats-  
mitglieder: Oberbürgermeister Bantzer, Bürgermeister  
Barow, Stadtbaurat-Kulenkampff, Stadt-  
schulrat-Dr.-Bohmann, Stadtrat-Lütgens,  
Stadtrat Quade, Stadtrat Renger

Mitglieder der Ortsbeiräte Meimersdorf,  
Mettenhof, Moorsee, Rönne, Russee,  
Schilksee, Suchsdorf, Wellsee



# N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung der Ratsversammlung am 17. August 1972

Rathaus, Ratssaal

Öffentliche Sitzung

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 15.49 Uhr

Sitzungsunterbrechung: keine

Anwesend: Stadtpräsidentin Hinz

Stadträte: Fuhrmann, Hochheim, Johanning, Marschner,  
Neumann, Frau Dr. Portofée, Wollschlaeger, Wurbs,  
Zimmermann

Ratsherren: Bergien, Dr. Boese, Diekelmann, Frau Franke,  
Gallinat, Grunert, Hänslar, Ipsen, Jensen, Frau Kade,  
Kähler, Knaupe, Leps, Lüth, Dr. Moll, Müller,  
Dr. Müller, Olsson, Rösser, Sauerbaum, Schagen,  
Schilling, Schumann, Prof. Dr. Schütze, Frau Simonis,  
Steinert, Steputat, Frau Voss, Frau Wallbaum, Wiese,  
Will, Zimmer, Zöllkau

Es fehlen entschuldigt: Stadtrat Ohmsen, Ratsherren: Gerlach, Hansen,  
Lorenz, Graf von Schlieben, Schunck

Als hauptamtliche Mitglieder des Magistrats: Oberbürgermeister Bantzer,  
Bürgermeister Barow, Stadtrat Quade, Stadtrat Renger

Außerdem sind anwesend: Mitglieder der Ortsbeiräte Meimersdorf,  
Mettenhof, Moorsee, Rönne, Russee, Schilksee,  
Suchsdorf, Wellsee

Vorsitzender: Stadtpräsidentin Hinz

Schriftführer: Ratsherr Wiese, Ratsherr Bergien

Die Niederschrift  
wurde gefertigt von: Stadtoberinspektor Böttner

- 1) Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen der Ratsversammlung am 29. Juni und am 7. Juli 1972

Gegen die Niederschriften über die Sitzungen der Ratsversammlung am 29. Juni und am 7. Juli 1972 werden keine Bedenken erhoben; damit sind sie genehmigt.

- 2) Geschäftliche Mitteilungen

- a) des Stadtpräsidenten  
- Es liegen keine Mitteilungen vor -
- b) des Magistrats und des Oberbürgermeisters  
- Es liegen keine Mitteilungen vor -

- 3) Fragestunde

- a) Probleme der Orientierungsstufe an Kieler Schulen

- Drs. 222 -

Hierzu liegt folgende Anfrage des Ratsherrn Z i m m e r vor:

1. Laut "Kieler Express" vom 27. 7. 1972 hat Stadtschulrat Dr. Lohmann behauptet, am Staatlichen Gymnasium Wellingdorf seien im letzten Schuljahr 31 % der Schüler der Orientierungsstufe an die Hauptschule zurückversetzt worden; Studiendirektor Wenzel vom Staatlichen Gymnasium Wellingdorf stellte dagegen laut "Kieler Express" vom 3. 8. 1972 fest, es seien lediglich 4,3 % der Schüler der Orientierungsstufe an seiner Schule zur Realschule schrägversetzt worden.

Ich frage den Magistrat:

- a) Wie konnte es zu derartig unterschiedlichen Aussagen kommen?
- b) Wie viele Schüler der Orientierungsstufe des Staatlichen Gymnasiums Wellingdorf sind tatsächlich wohin zurückversetzt worden?
2. Laut "Kieler Nachrichten" vom 22. 7. 1972 und "Kieler Express" vom 27. 7. 1972 hat Stadtschulrat Dr. Lohmann dem Staatlichen Gymnasium Wellingdorf und der Theodor-Storm-Realschule eine besonders scharfe und unsoziale Auslese unter den Schülern der Orientierungsstufe vorgeworfen.

Ich frage den Magistrat:

- a) Welche Gründe gibt es für diesen Vorwurf?
  - b) Sieht auch der Magistrat in diesem Vorwurf, falls er begründet sein sollte, eine Diffamierung der betroffenen Lehrerkollegien?
3. Laut "Kieler Nachrichten" vom 22. 7. 1972 hat Stadtschulrat Dr. Lohmann behauptet, es gebe in Kiel eine Begabungsreserve von 112 Schülern, die weiterhin die Hauptschule besuchen, obwohl sie in der Lage wären, auf ein Gymnasium zu gehen.

Ich frage den Magistrat:

- a) An welchen Schulen und in welchen Klassenstufen befinden sich diese Schüler?
- b) Falls die Behauptung zutreffen sollte, welches sind die Gründe?

Nachdem Ratsherr **Z i m m e r** die Anfrage für die Öffentlichkeit verlesen und sie anschließend kurz begründet hat, beantwortet Oberbürgermeister **B a n t z e r** diese in Vertretung des heute nicht anwesenden Stadtschulrates für den Magistrat wie in Anlage 1 zu dieser Niederschrift wiedergegeben.

b) Obdachlose

- Drs. 230 -

Hierzu liegt folgende Anfrage des Ratsherrn **R ö s s e r** vor:

1. Welchen Stand haben die Bemühungen um die Errichtung der Stiftung "Sozialwerk für Obdachlosenhilfe" erreicht?
2. Haben sich außer der Stadt Kiel noch andere Stellen zur Beteiligung an dieser Stiftung bereit erklärt, ggf. welche und mit welchen Beträgen?
3. Wie viele Personen sind durch gezielte Maßnahmen - ggf. durch welche - seit dem 1. 1. 1972 vor dem Obdachloswerden bewahrt worden?
4. Welcher finanzielle Aufwand aus städtischen bzw. Stiftungsmitteln war dafür erforderlich?

5. Wie viele Familien konnten seit dem 1. 1. 1972 aus Obdachlosenunterkünften in Wohnungen des vorhandenen Bestandes oder in Neubauwohnungen untergebracht werden?
6. Wie viele Familien sind seit dem 1. 1. 1972 neu in Obdachlosenunterkünften eingewiesen worden und welche Gründe waren hierfür maßgebend?
7. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um zunächst das Lager Kollhorst zu räumen?
8. Welche Maßnahmen sind von seiten der Stadt Kiel zur Betreuung der Kinder und Jugendlichen in den Obdachlosenzugang getroffen oder beabsichtigt?
9. Ist seitens der Stadt Kiel ein Programm zur stufenweisen Beseitigung der menschenunwürdigen Obdachlosenunterkünfte in Kiel entwickelt worden, ggf. welche Schritte sieht dieses Programm vor?

Nachdem Ratsherr R ö s s e r die Anfrage für die Öffentlichkeit verlesen hat, bezieht er sich in seiner Begründung auf den nicht unerheblichen im Haushalt bereitgestellten Betrag von 500.000, -- DM für die Stiftung Obdachlosenhilfe. Sieben Monate nach Bereitstellung dieses Betrages seien inzwischen vergangen, so daß es jetzt an der Zeit sei zu fragen, was inzwischen geschehen ist. Außerdem erscheine es erforderlich zu sein, heute einen Überblick über die inzwischen getroffenen und die in Zukunft zu treffenden Maßnahmen zu erhalten und zwar besonders im Hinblick auf die über 1.000 Kinder und Jugendlichen in den Lagern. Im übrigen handele es sich um ein sehr vielschichtiges Problem, das nicht von heute auf morgen zu lösen sei. Es bedürfe vielmehr eines differenzierten, stufenweisen Vorgehens aufgrund eines sorgfältig abgestimmten Programms. Ein solcher Stufenplan müsse u. a. berücksichtigen: Vorbeugende Maßnahmen, Umschichtung, Ersatzwohnungsbau, nachgehende Fürsorge. Hierbei scheine schon jetzt sicher zu sein, daß eine sachgerechte Lösung nur möglich ist, wenn man ohne Scheuklappen pragmatisch-nüchtern an die Dinge herangehe.

/ Daraufhin beantwortet Stadtrat Q u a d e die vorstehenden Fragen für den Magistrat wie in Anlage 2 zu dieser Niederschrift wiedergegeben und erklärt auf eine Zusatzfrage seines Vorredners eingehend, daß die nach Ziffer 2 zitierten Schreiben unter verschiedenen Daten - in der Zeit zwischen Anfang Juni und Ende Juli - abgesandt worden sind.

In einer weiteren Zusatzfrage bittet dann Ratsherr R ö s s e r um Bestätigung, daß er nach den Ausführungen des Fachdezernenten davon ausgehen kann, daß die vor einigen Monaten noch von Stadtrat Ohmsen eingeleiteten Obdachlosenmaßnahmen konsequent und erfolgreich fortgesetzt werden.

Dieses wird von Stadtrat Q u a d e uneingeschränkt bestätigt.

- Kenntnis genommen -

c) Zusammensetzung des Magistrats

- Drs. 233 -

Hierzu liegt folgende Anfrage der Ratsherren  
Diekelmann und Dr. Moll vor:

"Teilt der Magistrat die vom Abgeordneten Heyenn (SPD) anläßlich der Landtagssitzung am 5. 7. 1972 und vom Abgeordneten Schulz (SPD) anläßlich einer Sendung der Nordschau vom 20. 7. 1972 geäußerte Auffassung,

1. daß die bisherige durch die Magistratsordnung gegebene Zusammensetzung des Magistrats ein fauler Kompromiß sei, die durch ein System abgelöst werden müsse, nach dem die Mehrheit in der Stadtvertretung sich auch im Magistrat wieder spiegeln müsse?
2. daß es unzumutbar sei, bei gegebenen SPD-Mehrheiten mit CDU-Stadträten im Magistrat zusammenzuarbeiten und Beschlüsse dieser Mehrheiten durch CDU-Stadträte ausführen zu lassen?

Zu Beginn der Sitzung weist Stadtrat Zimmernann darauf hin, daß nach Ansicht seiner Fraktionsfreunde auf diese Frage eine Antwort des Magistrats nicht erwartet werden kann. Im Namen der SPD-Ratsherrenfraktion beantragt Sprecher daher, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Beschluß: Der Punkt 3 c - Drs. 233 - wird von der Tagesordnung abgesetzt  
Der Beschluß ergeht mit 24 gegen 16 Stimmen

Daraufhin meldet sich Ratsherr Schumann nochmals zu Wort und bringt seine Verwunderung über dieses Verfahren zum Ausdruck. Er meine, daß der Sinn einer Fragestunde darin liegt, daß jedem antragsberechtigten Ratsherren seine zur Fragestunde gerichtete Anfrage beantwortet werden müßte. Wenn die vorstehende Anfrage der Ratsherren Diekelmann und Dr. Moll mit einem Beschluß der Mehrheitsfraktion wieder von der Tagesordnung abgesetzt werden könnte, so widerspreche dieses doch dem Sinn des Instituts der Fragestunde. Er bittet daher, rechtlich prüfen zu lassen, ob die Mehrheit einer Fraktion sich das Recht herausnehmen könne, derartige Anfragen in dieser Weise abzusetzen.

- Kenntnis genommen -

- 4) Betreff: Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof - außerplanmäßige Ausgabe - - Drs. 216 -

Berichterstatter: Stadtrat Renger

Antrag: Bei der Haushaltsstelle 755/6.920 - Darlehen an die Kieler Stadt-sanierungsgesellschaft zur Finanzierung des Parkhauses über dem Zentralomnibusbahnhof - wird der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 446.000, -- DM zugestimmt.

Beschluß: Die Ausgabe wird gedeckt durch Einnahmen in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 755/6.339 - Aus der Sonderrücklage für den Bau von Einstellplätzen -.

Antrag: Folgende Präsentation der Oberbürgermeisterin  
Nach einer Begründung des den Stadtbaurat vertretenden Fachdezernenten Stadtrat R e n g e r äußert sich Ratsherr S t e i n e r t lobend über die außerordentliche Leistung der für die Errichtung des Parkhauses über dem Zentralomnibusbahnhof zuständigen Kieler Stadt-sanierungsgesellschaft. Im Anschluß hieran geht Stadtrat R e n g e r auf Bitte seines Vorredners noch einmal auf die der Sanierungsgesellschaft zur Finanzierung des Parkhauses zur Verfügung gestellten Ablösungsbeträge aus dem Bereich Schilksee-Süd ein, die zweckentsprechend verwendet worden sind.

Beschluß: Nach Antrag

- 5) Betreff: Parkhaus über dem Zentralomnibusbahnhof - Tarifgestaltung - - Drs. 218 -

Berichterstatter: Stadtrat Renger

Antrag: Den in der Anlage aufgeführten Tarifen für die Benutzung des Parkhauses über dem Zentralomnibusbahnhof wird zugestimmt.

Berichterstatter: Stadtrat Renger, Oberbürgermeister Bantzer  
In seiner Begründung zu dieser Vorlage weist der den Stadtbaurat vertretende Stadtrat R e n g e r auf die Bedenken der Industrie- und Handelskammer zur vorgesehenen Tarifgestaltung hin, bittet jedoch nachdrücklich, der Anregung der Stadt-sanierungsgesellschaft zu folgen. Diese Tarife hielten sich im Rahmen der in anderen Kieler Park-

häusern erhobenen Gebühren und könnten zu einem späteren Zeitpunkt - wenn man Erfahrungen gesammelt habe - entsprechend neu angepaßt werden. Außerdem bittet Sprecher um die im Beschluß genannte Ergänzung des Antrages.

Beschluß: Nach Antrag mit der Maßgabe, für das Wort "zugestimmt" das Wort "grundsätzlich" einzufügen.

- 6) Betreff: Neubau einer Bedürfnisanstalt und Parkplatz an der Kiellinie - Drs. 223 -  
- Genehmigung einer Eilentscheidung -

Berichterstatter: Stadtrat Renger/Oberbürgermeister Bantzer

Antrag: Folgende Eilentscheidung des Oberbürgermeisters wird genehmigt:

Der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 200.000 DM bei der Haushaltsstelle 7023/6.9520 - Neubau Bedürfnisanstalt und Parkplatz an der Kiellinie - wird zugestimmt.

Die Ausgabe wird gedeckt durch Zuschüsse in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 7023/6.0713 aufgrund des Konsortialvertrages.

Stadtrat R e n g e r verweist auf die Vorlage.

Beschluß: Nach Antrag

- 7) Betreff: Bau von Entwässerungsanlagen zur Erschließung des Gewerbegebietes Kiel-Wellsee - II. Teilabschnitt - - Drs. 224 -  
- Genehmigung einer Eilentscheidung -

Berichterstatter: Stadtrat Renger/Oberbürgermeister Bantzer

Antrag: Die folgende Anordnung des Oberbürgermeisters wird genehmigt:

Als dringende Maßnahme, die sofort ausgeführt werden muß, wird angeordnet:

Der Bauentwurf zur Herstellung der Entwässerungsanlagen zur Erschließung des Gewerbegebietes Kiel - Wellsee - II. Teilabschnitt - wird gegenüber dem aufgestellten Entwurf vom 21. 6. 1972 eingeschränkt.

Die Genehmigung der Ratsversammlung ist unverzüglich einzuholen.

Stadtrat R e n g e r verweist auf die Vorlage.

Beschluß: Nach Antrag

- 8) Betreff: Bürobedarf für das Amt für Familienfürsorge - überplanmäßige Ausgabe - - Drs. 212 -

Berichterstatter: Stadtrat Quade

Antrag: Bei der Haushaltsstelle 403/6311 - Bürobedarf - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 1.250 DM für das Rechnungsjahr 1972 genehmigt, gleichzeitig wird bei der Haushaltsstelle 403/715 - Sammelvormundschaft - die Summe in Höhe von 1.250 DM gesperrt.

Stadtrat Q u a d e verweist auf die Vorlage.

Beschluß: Nach Antrag

- 9) Betreff: Verwendung der in Schilksee für die Segelolympiade 1972 errichteten Unterkünfte nach der Olympiade - Drs. 225 -

Hierzu liegt folgende Große Anfrage der CDU-Ratsherrenfraktion vor:

1. Hat der Magistrat gemeinsam mit den Bauträgern dafür Vorsorge getroffen, daß die für die Segelolympiade 1972 in Kiel-Schilksee errichteten Unterkünfte (Wohnungen, Appartements, Bungalows und dergl.) nach der Olympiade sinnvoll genutzt und nicht etwa leerstehen werden?

Stadtrat R e n g e r verweist auf die Vorlage.

Beschluß: Nach Antrag



- 11) 2. Ist insbesondere auch geprüft worden und ggf. mit welchem Ergebnis, inwieweit die zu 1. genannten Unterkünfte im Hinblick auf den bekannten Mangel an Zimmern bzw. Wohnheimplätzen für Studierende in Kiel nach der Olympiade an diesen Personenkreis vermietet werden kann, etwa wie in München praktiziert wird?

Antrag: Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 120.000 DM bei der Finanzplanstelle

Stadtpräsidentin H i n z weist - wie bereits in der 2. Nachtrags-tagesordnung schriftlich zum Ausdruck gebracht wird - nochmals darauf hin, daß in einem an sie gerichteten Schreiben vom 15. August 1972 die fragestellende Fraktion diese Große Anfrage z u r ü c k g e - z o g e n habe.

- Kenntnis genommen -

- 10) Betreff: Regenschutzdächer im nördlichen Hafenbereich des Olympiahafens Kiel-Schilksee - Drs. 231 -  
- Genehmigung einer Eilentscheidung -

12) Berichterstatter: Stadtrat Renger/Oberbürgermeister Bantzer - Drs. 235 -

Antrag: Folgende Zustimmung des Oberbürgermeisters wird genehmigt:

Berichterstatter: Oberbürgermeister Bantzer

Antrag: Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Finanzplanstelle der Hafens- und Verkehrsbe-triebe 8264/184 - Erweiterung des Olympiahafens Kiel-Schilksee - in Höhe von 50.000 DM für die Aufstellung von Regenschutzdächern im nördlichen Hafenbereich wird zugestimmt.

Berichterstatter: Oberbürgermeister Bantzer

Die Ausgabe wird gedeckt im Rahmen der Konsortial-finanzen. Der Eigenanteil der Stadt in Höhe von höchstens 12.500 DM ist - vorbehaltlich einer ande-ren Finanzierung im Nachtragshaushaltsplan - der Rücklage zur Finanzierung olympiabedingter Maß-nahmen zu entnehmen.

Beschluß: Die Genehmigung der Ratsversammlung ist unverzüg-lich einzuholen.

Stadtrat R e n g e r verweist auf die Vorlage.

Beschluß: Nach Antrag  
Die Dringlichkeit der Vorlage ist zu Beginn der Sitzung anerkannt worden.

11) Betreff: Haftpflicht- und sonstige Schadensleistungen - Drs. 234 -  
- überplanmäßige Ausgabe -  
Dringlichkeitsvorlage

Berichterstatter: Oberbürgermeister Bantzer

Antrag: Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 150.000 DM bei der Haushaltsstelle 025/664 - Haftpflicht- und sonstige Schadensleistungen - wird zugestimmt.

Die Deckung ergibt sich aus dem bereits in Vorbereitung befindlichen 1. Nachtragshaushaltsplan 1972.

Oberbürgermeister B a n t z e r verweist auf die Vorlage.

Beschluß: Nach Antrag  
Die Dringlichkeit der Vorlage ist zu Beginn der Sitzung anerkannt worden.

12) Betreff: Prozeß- und Gerichtskosten - Drs. 235 -  
- überplanmäßige Ausgabe -  
Dringlichkeitsvorlage

Berichterstatter: Oberbürgermeister Bantzer

Antrag: Die Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 22.250 DM bei der Haushaltsstelle 025/6371 - Prozeß- und Gerichtskosten - wird zugestimmt.

Die Deckung ergibt sich aus dem bereits in Vorbereitung befindlichen 1. Nachtragshaushaltsplan 1972.

Oberbürgermeister B a n t z e r verweist auf die Vorlage.

Beschluß: Nach Antrag  
Die Dringlichkeit der Vorlage ist zu Beginn der Sitzung anerkannt worden.

- 13) Betreff: Internationaler bildnerischer Wettbewerb der Jugend anlässlich der Olympiade 1972  
- überplanmäßige Ausgabe -  
Genehmigung einer Eilentscheidung

- Drs. 236 -

Berichterstatter: Stadtrat Wollschlaeger/Oberbürgermeister Bantzer

Antrag: Folgende Zustimmung des Oberbürgermeisters wird genehmigt:

Bei der Haushaltsstelle 777/6961 - Vorbereitung und Durchführung des Kulturprogramms 1972 - wird zur Durchführung des Internationalen bildnerischen Wettbewerbs der Jugend anlässlich der Olympiade 1972, Kiel, der sofortigen Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 26.700 DM zugestimmt. Der Betrag wird gedeckt durch Sperrung von:

<u>Antrag</u>	2.000, -- DM	bei der Haushaltsstelle 301/5233 H 4 - an verschiedene Körperschaften, Verbände und Vereine -
	3.500, -- DM	bei der Haushaltsstelle 301/694 - Veranstaltungen der Außenbezirke -
	8.500, -- DM	bei der Haushaltsstelle 301/715 - Veranstaltungen und Ausstellungen -
	1.500, -- DM	bei der Haushaltsstelle 301/716 - Künstlerische Entwürfe und Gestaltungen -
	2.500, -- DM	bei der Haushaltsstelle 301/5233 H 2 - An verschiedene Vereine -
	3.000, -- DM	bei der Haushaltsstelle 340/9800 - Kunstwerke und Wiedergaben -
	6.700, -- DM	bei der Haushaltsstelle 340/9802 -Ankauf von Freiplastiken -
insgesamt	<u>26.700, -- DM</u>	

Die überplanmäßige Ausgabe und ihre Deckung sind in den Nachtragshaushaltsplan 1972 einzubeziehen.

In seiner Begründung zu dieser Vorlage weist Stadtrat  
W o l l s c h l a e g e r auf einen redaktionellen Fehler hin. An-  
stelle des im Antrag genannten Gesamtbetrages von 26.700, -- DM  
müsse es 27.700, -- DM heißen.

Beschluß: Nach Antrag mit der Maßgabe, den Betrag  
von 26.700, -- DM in 27.700, -- DM zu ändern.  
Die Dringlichkeit der Vorlage ist zu Beginn der Sitzung  
anerkannt worden.

- 14) Betreff: Verlängerung der nördlichen Steinmole und des  
Fuhlenseeauslaufes im Olympiahafen Schilksee  
- überplanmäßige Ausgabe -  
Dringlichkeitsvorlage

- Drs. 237 -

Berichterstatter: Stadtrat Renger

Antrag: 1. Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe  
bei der Finanzplanstelle der Hafen- und Ver-  
kehrsbetriebe 8264/194 - Erweiterung des  
Olympiahafens Kiel-Schilksee - in Höhe von  
760.000, -- DM für die Verlängerung der  
nördlichen Steinmole als Wellenbrecher und  
Verlängerung des Fuhlenseeauslaufes wird zu-  
gestimmt.

Die Ausgabe wird gedeckt im Rahmen der Konsor-  
tialfinanzierung. Der Eigenanteil der Stadt in  
Höhe von höchstens 190.000, -- DM ist - vorbe-  
haltenlich einer anderen Finanzierung im Nachtrags-  
haushaltsplan - der Rücklage zur Finanzierung  
olympiabedingter Maßnahmen zu entnehmen.

2. Der Kostenvoranschlag für die Verlängerung des  
Fuhlenseeauslaufes und der Schilkseer Au, aufge-  
stellt vom Tiefbauamt, Hafen- und Bahnanlagen  
am 11. 7. 1972, abschließend mit 760.000, -- DM  
wird genehmigt.

Stadtrat R e n g e r begründet die Notwendigkeit dieser überplanmäßi-  
gen Ausgabe.

Beschluß: Nach Antrag  
Die Dringlichkeit der Vorlage ist zu Beginn der Sitzung  
anerkannt worden.

- 15) Betreff: Umbesetzung des Bauausschusses des Deutschen Städtetages, Landesverband Schleswig-Holstein

- Drs. 238 -

Hierzu liegt folgender Dringlichkeitsantrag der CDU-Ratsherrenfraktion vor:

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Anstelle des ausgeschiedenen Ratsherrn Hans Steiner t wird als Mitglied des Bauausschusses des Deutschen Städtetages, Landesverband Schleswig-Holstein, Ratsherr Karl Diekelmann gewählt.

Beschluß: Nach Antrag  
Die Dringlichkeit des Antrages ist zu Beginn der Sitzung anerkannt worden.

16) Verschiedenes

a) Sand- und Spielkästen für Kinder

Ratsherr Sa u e r b a u m weist auf die hohe Verschmutzung der Sand- und Spielkästen für Kinder in Mettenhof im Bereiche der Aarhusstraße hin. Er bittet dringend darum besorgt zu sein, daß der seit Jahren nicht ausgewechselte Sand erneuert und zum anderen die Kinder gefährdende Pfähle beseitigt werden.

- Kenntnis genommen -

b) Straßenverbreiterung Reventlouallee

Ratsherr B e r g i e n weist auf den Engpaß in der Reventlouallee in Höhe der Bushaltestelle hin und bittet zu prüfen, ob eine Straßenverbreiterung in diesem Bereiche ermöglicht werden könnte.

- Kenntnis genommen -

c) Sitzungstermine der Ratsversammlung

Stadtpräsidentin Hinz gibt folgende Sitzungstermine der Ratsversammlung bekannt:

- 28. September 1972 Beratung des Nachtragshaushalts
- 19. Oktober 1972 Arbeitssitzung
- 16. November 1972 Arbeitssitzung
- 7. Dezember 1972 - Bei Bedarf -
- 18. und evtl. 19. Januar 1973 Beratung des Haushalts 1973

- Kenntnis genommen -

*Hinz*  
Stadtpräsidentin

*[Signature]*  
Ratsherr

*Winn*  
Ratsherr

Stadt Kiel  
Der Oberbürgermeister Kiel, den 12.3.72

- Hauptamt -
- 1.) Widerspruch
- 2.) U. Frau Borchers, Hinz

*[Signature]*

1/25  
P.

Anlage 1

Betr.: Probleme der Orientierungsstufe an Kieler Schulen  
- Antwort des Magistrats auf die Kleine Anfrage des Rats Herrn  
Z i m m e r -

Zu 1: Stadtschulrat Dr. Lohmann hat gegenüber der Presse die Erhebung des Kultusministeriums zur Orientierungsstufe mit den Zahlen des Kieler Stadtgebiets bekanntgegeben. Diese Zahlen bezogen sich auf das 1. Schulhalbjahr. Stadtschulrat Dr. Lohmann hat dabei von den Versetzungsempfehlungen zu Haupt- und Realschulen gesprochen. Studiendirektor Wenzel hat dagegen das abgelaufene Schuljahr gemeint und das tatsächliche Ergebnis genannt.

Der Magistrat bedauert, daß der Stadtschulrat bei seiner Erklärung gegenüber der Presse von den Halbjahreszahlen ausgegangen ist, was zu Mißverständnissen geführt hat.

Zu 2: Es ging dem Stadtschulrat darum, im Vergleich mit anderen Schulen die nicht erreichte Gleichheit der Bildungschancen zwischen West- und Ostufer deutlich zu machen. In diesem Zusammenhang hat er lt. Presseveröffentlichungen von "scharfer sozialer Auslese" gesprochen. Er wies darauf hin, daß im 1. Halbjahr von den neun Gymnasien in Kiel, deren Zahlen uns bekannt sind, insgesamt 106 Schrägversetzungsempfehlungen für Schüler in 5. Klassen ausgesprochen wurden. Davon sind 44, das sind 41 % aller Schrägversetzungsempfehlungen, von nur einem der neun Gymnasien ausgesprochen worden. Die Schüler dieses einen Gymnasiums mit 12 % der Schüler in 5. Klassen, erhielten 41 % aller Schrägversetzungsempfehlungen, die restlichen 88 % der anderen Gymnasien zusammen nur 59 %.

Der Magistrat stellt mit Befriedigung fest, daß es entgegen Halbjahresempfehlungen tatsächlich nur 6 Rückversetzungen in dem einen Gymnasium gekommen ist. Weiterhin wird vom Magistrat festgestellt, daß mit diesen Äußerungen des Stadtschulrats auf keinen Fall eine Diffamierung der Lehrerschaft beabsichtigt war.

Zu 3a: Die 112 Schüler, die einer Empfehlung ihrer Grundschule zu einem Besuch einer Realschule oder eines Gymnasiums nicht gefolgt sind, verteilen sich wie folgt: 40 auf die Fridtjof-Nansen-Schule, 38 auf die Reventlou-Schule und 20 auf die Andreas-Gayk-Schule. Die restlichen 14 Hauptschüler verteilen sich auf weitere 8 von den insgesamt 18 Hauptschulen der Orientierungsstufe.

Zu 3b: Warum von den einzelnen Eltern die Empfehlungen nicht befolgt wurden, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen, weil die dafür maßgeblichen Gründe in der Ferienzeit nicht ermittelt werden konnten.

## Anlage 2

Betr.: Kieler Obdachlosenhilfe

- Antwort des Magistrats auf die Anfrage des Ratsherrn R ö s s e r -

Zu 1: Die mit der Verabschiedung des Haushaltes 1972 beschlossene Errichtung einer "Stiftung zur Verhinderung von Obdachlosigkeit" ist vom Innenminister offiziell noch nicht genehmigt. Zu der am 8. 5. 1972 vorgelegten Stiftungsurkunde und Stiftungssatzung hat der Innenminister eine Reihe von Gegenvorstellungen erhoben. Nach Annäherung der Standpunkte ist dem Innenminister am 19. 6. 1972 eine Neuausfertigung der Stiftungsurkunde und der Stiftungssatzung übersandt worden.

Nach einer inoffiziellen fernmündlichen Mitteilung vom 16. 8. 1972 hat das Landeskabinett in seiner Sitzung am 15. 8. 1972 dieser Stiftungssatzung zugestimmt.

Zu 2: Bisher sind 83 Schreiben an Institutionen verschickt worden mit der Bitte, die Stiftung mit einer Geldspende zu unterstützen. Darauf sind bisher 4 Absagen und eine Zusage eingegangen.

Zu 3: Die Hausbesitzer wurden unterrichtet, daß das Sozialamt zur Vermeidung von Räumungen hilft. Dies ist seit dem 1. 1. d. J. in 41 Fällen (69 Erwachsene und 117 Kinder) geschehen.

Zu 4: Der finanzielle Aufwand in Form von Darlehen oder Beihilfen beträgt 29.578,33 DM.

Zu 5: Seit dem 1. 1. 1972 sind aus Obdachlosenunterkünften insgesamt 43 Familien mit zusammen 211 Personen in Wohnungen untergebracht worden.

Zu 6: Seit dem 1. 1. 1972 sind in den Obdachlosenunterkünften 17 Familien mit insgesamt 58 Personen aufgenommen worden, davon:

- a) 8 Familien aufgrund eines Gerichtsurteils wegen Nichtzahlung der Miete, das sind Fälle, die wegen völliger Aussichtslosigkeit, die Wohnung im Einvernehmen mit dem Vermieter erhalten zu können, auch vom Sozialamt ablehnend beschieden werden mußten,
- b) 7 Familien wegen bestehender Obdachlosigkeit,
- c) 1 Familie auf Antrag aufgrund eines vorliegenden Räumungsurteils im Austauschverfahren mit einer anderen Familie aus den Unterkünften mit Einverständnis der KWG,
- d) 1 Familie aufgrund eines Gerichtsurteils nach § 553 BGB (fristlose Kündigung bei vertragswidrigem Gebrauch).



Zu 7. Im November 1971 wurde zunächst der Aufnahmestopp verfügt.  
Am 1. 1. 1972 wohnten in Kollhorst insgesamt 217 Personen (37 Familien und 11 Einzelpersonen).

1. Bis zum 10. 8. 1972  
haben Wohnungen erhalten 9 Haushalte mit 49 Personen  
sind in die Friedhofstraße 36  
verzogen 3 Haushalte mit 15 Personen
  2. Am 16. und 18. 8. 1972 werden  
mit Einverständnis in die Friedhof-  
straße 36 oder Timmerberg umge-  
setzt 7 Haushalte mit 22 Personen
  3. Umsetzung in große Wohneinheiten  
in Friedhofstraße 36 angeboten 2 Familien mit 21 Personen
  4. Haben bereits Miet- bzw. Vorver-  
träge für Wohnungen, die bis Ende  
1972 beziehbar sein werden 9 Haushalte mit 23 Personen
- insgesamt 130 Personen

Zu 8. Die Stadt Kiel war eine der ersten Städte des Bundesgebietes, die das besondere Problem der Kinder in Obdachlosenlagern durch die Errichtung von Betreuungsstätten für Kinder und Jugendliche zu mildern versuchte. Sie richtete 1957 das erste "Heim der offenen Tür" für die Lager Hochbrücke und Timmerberg ein. Inzwischen sind alle Obdachlosenlager mit entsprechenden Heimen ausgestattet.

In ihnen erhalten vormittags vorschulpflichtige Kinder eine der Kindergartenarbeit ähnliche Förderung, damit Bildungsrückstände möglichst bis zum Schulbeginn abgebaut werden.

Nachmittags wenden sich die sozialpädagogischen Mitarbeiter unter Mithilfe von Studenten und anderen nebenamtlichen Kräften den schulpflichtigen Kindern zu. Neben der Schularbeitenhilfe werden alle möglichen und nötigen Hilfen angeboten.

Für die Jugendlichen werden abends - allerdings nicht jeden Abend - Tanz- und ähnliche Veranstaltungen durchgeführt.

Das Personal der Heime der offenen Tür arbeitet eng mit den Eltern (Elternabende!), der Bezirkssozialarbeiterin des Amtes für Familienfürsorge und den Schulen zusammen.

In den Sommerferien fahren die Mitarbeiter der Heime mit dem größten Teil der von ihnen betreuten Kinder auf Kosten der Stadt für 2 - 3 Wochen in Ferienheime. Im Jahr 1972 sind es

aus dem Heim	Grüffkamp	50 Kinder
"	Auberg	63 Kinder
"	Heisterbusch	77 Kinder
"	Friedhofstraße	65 Kinder
"	Deichweg	40 Kinder
"	Kollhorst	38 Kinder (ev. Kirche mit 10 Betreuern)

Geplant ist ein stärkerer Ausbau der Betreuung von Jugendlichen. Es wird angestrebt, den Heimen der offenen Tür noch mehr den Charakter von Gemeinschaftshäusern der Wohnsiedlungen und ihrer Umgebung zu geben. Diese Pläne können aber ohne eine erhebliche Ausweitung des Stellenplans nicht verwirklicht werden.

Der Jugendwohlfahrtsausschuß wird hierüber in Kürze weiterberaten.

- Zu 9.
1. Auflösung der Notunterkunft Kollhorst bis Ende 1972.
  2. Es soll mindestens die Unterkunft Grüffkamp im Laufe des Jahres 1973 aufgelöst werden.
  3. Bauliche Verbesserung in Heisterbusch.
  4. Vergrößerung einiger Wohneinheiten der Friedhofstraße 36 (aus 2 kleinen Wohneinheiten 1 große Wohneinheit); bisher wurden 9 große Wohneinheiten geschaffen.
  5. Erstellung von 48 Sozialwohnungen in der Wischhofstraße - Fertigstellung Sommer 1973  
(Höhe der Kosten: 2.890.000 DM)  
(Bundesmittel: 336.000 DM)  
(Landesmittel: 1.222.400 DM)
  6. Bauvorhaben für diesen Personenkreis im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues:  
16 Wohneinheiten - Schneiderskamp  
6 Wohneinheiten - Groß Ebbenkamp  
12 Wohneinheiten - Immelmanstraße  
  
(Die Höhe der Kosten für diese Maßnahme ist noch nicht bekannt. Es liegen bisher nur erste Entwürfe vor.)
  7. Umbau von kleinen Altbauwohnungen der KWG in Wohnungen für Großfamilien.
    1. Großwohnung ist bereits von einer 12köpfigen Familie bezogen, 1 weitere wird in einigen Wochen von einer 10köpfigen Familie bezogen.

8. Bemühen um Intensivierung der Betreuung in den Unterkünften durch Sozialarbeiter.

9. Starthilfen bei Umzügen in Wohnungen und Resozialisierungsmaßnahmen:

- a) wirtschaftliche Hilfen,
- b) Zurverfügungstellung von Plätzen in Kindertagesstätten,
- c) Einsetzung von Familienbeiständen,
- d) Verstärkte Betreuung durch Sozialarbeiter nach dem Umzug - soweit möglich - unter Mithilfe der freien Wohlfahrtsverbände.

Abschließend darf noch vermerkt werden, daß das Sozialamt ab sofort ein besonderes Sachgebiet "Obdachlosenbetreuung" unter der Leitung einer bewährten Fachkraft (Sozialarbeiterin) in Obdachlosenfragen erhält, das mit Schwergewicht auf dem personellen Einsatz - planerisch und praktzierend zugleich - unter Mitwirkung aller beteiligten Ämter (insbesondere Wohnungsamt, Ordnungsamt, Amt für Familienfürsorge, Bauverwaltung) arbeiten wird.

### Anlage 3

Betr.: Zusammensetzung des Magistrats

- Antwort des Magistrats auf die Kleine Anfrage der Ratsherren

Dr. M o l l und D i e k e l m a n n -

Nach § 60 der Gemeindeordnung ist es Aufgabe des Magistrats: ". . . . . die Verwaltung der Stadt nach den Grundsätzen und Richtlinien der Stadtvertretung und im Rahmen der von ihr bereitgestellten Mittel zu leiten". Insbesondere gehört zu seinen Aufgaben "die Ausführung der Gesetze", und zwar der bestehenden Gesetze. Der Magistrat wird hin und wieder vom Landesverband des Deutschen Städtetages gebeten, zu Entwürfen von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien Stellung zu nehmen, soweit diese Dinge nicht in den Fachausschüssen des Deutschen Städtetages beraten werden. Es ist jedoch nicht Aufgabe des Magistrats, in seiner Gesamtheit zu Äußerungen einzelner Politiker Stellung zu nehmen. Die Meinungsfreiheit der einzelnen Magistratsmitglieder in der politischen Auseinandersetzung wird dadurch nicht berührt.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung (Nichtöffentliche Sitzung)  
Freitag, den 10. August 1972

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung der Ratsversammlung am 17. August 1972

Rathaus, Ratssaal

Nichtöffentliche Sitzung

Beginn: 15.50 Uhr

Ende: 16.48 Uhr

Sitzungsunterbrechung: keine

Anwesend: Siehe Niederschrift über die öffentliche Sitzung

- - - - -

- 1) Je eine Abschrift der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 17. August 1972 erhalten das Büro des Stadtpräsidenten und das Rechnungsprüfungsamt zur Kenntnis.

Öffentliche Sitzung

*keine direkt überreicht  
4  
Wunsch*

2) Auszüge erhalten:

Von	Punkt	3a	der	Niederschrift	a)	b)	z. K.
"	"	3b	"	"	20	00	z. K.
"	"	3c	"	"	40	00	z. K.
"	"	4	"	"	00	02	z. K. u. w. V.
"	"	5	"	"	60	90 (2x)	z. K. u. w. v.
"	"	6	"	"	60 (2x)		z. K. u. w. V.
"	"	7	"	"	66	90 (2x)	z. K. u. w. V.
"	"	8	"	"	66	90 (2x)	z. K. u. w. V.
"	"	9	"	"	43	90 (2x)	z. K. u. w. V.
"	"	10	"	"	07		z. K.
"	"	11	"	"	81	65	z. K. u. w. V.
"	"	12	"	"	90 (2x)		z. K.
"	"	13	"	"	02	90 (2x)	z. K. u. w. V.
"	"	14	"	"	02	90 (2x)	z. K. u. w. V.
"	"	15	"	"	00		z. K. u. w. V.
"	"	16a	"	"	60		z. K. u. w. V.
"	"	16b	"	"	66		z. K. u. w. V.

SITZUNG

des Magistrats vom .....  
der Ratsversammlung vom 17. August 1972

Einen Auszug der Niederschrift über die Sitzung

des Magistrats  
der Ratsversammlung (nicht-)öffentlich

heute erhalten:

A m t	Betrifft:	Unterschrift - Datum
1210 Stadtpräsident	Punkt: 1. Abschnitt	Botard 27/8. 1972
07	Punkt: 7. Abschnitt	Botard 27/8. 1972
20	Punkt: 20	W. P. B. 25/8
40 N	Punkt: 26.	Krause 28/8
00	Punkt: 20, 15	Botard 27/8. 1972
60	Punkt: 4, 5, 7	Anders 29.8.72.
65	Punkt: 6, 70	Anders 29.8.72.
47	Punkt: 8	Perrey 28/8.
07	Punkt: 9	Idl 28/8.
87	Punkt: 10	übergeben Stukey 29. 8.
02	Punkt: 11, 12	Hunzler 29/8.
30	Punkt: 13	Idl 28/8. 72

